

# *Konrad Adenauer*

*Zum 125. Geburtstag am 5. Januar 2001*

## *Aus Reden*

### *1. Konsequenzen aus der Vergangenheit*

*Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung...*

(Nationalsozialismus, Demokratie, Programm der CDU) [mehr...](#)

*Das deutsche Volk ist gewillt, das Unrecht an den Juden wieder-  
gutzumachen...*

(Holocaust, Wiedergutmachung, Israel) [mehr...](#)

### *2. Einigung Europas*

*Europa – die beste und dauerhafteste Sicherung der Nachbarn  
Deutschlands*

(Deutschland und Europa) [mehr...](#)

*Für das freie Europa von zukunftsbestimmender Bedeutung...*

(Deutschland und Europa, Verhältnis zu Frankreich, Schuman-Plan) [mehr...](#)

*Unsere Enkel werden die Früchte dessen ernten, was jetzt beschlossen  
worden ist...*

(Europa, Europäische Gemeinschaft) [mehr...](#)

*Welch großartiger Fortschritt in der Geschichte dieser beiden Völker...*

(Deutschland und Europa, Verhältnis zu Frankreich, Deutsch-Französischer Vertrag) [mehr...](#)

*Das neue Deutschland wird ein guter Nachbar Polens werden...*

(Deutschland und Europa, Verhältnis zu Polen) [mehr...](#)

*Ein Ereignis von geschichtlicher Tragweite...*

(Westintegration, NATO) [mehr...](#)

### *3. Deutsche Frage*

*Wir wünschen uns die Einheit Deutschlands in Freiheit...*

(Deutsche Einheit, Grundgesetz) [mehr...](#)

*Nur der freie Wille legitimiert staatliche Organisation...*

(Deutsche Einheit, Gründung der DDR) [mehr...](#)

*Im Grunde wenig Neues: die Stalin-Noten...*

(Deutsche Einheit, Stalin-Noten) [mehr...](#)

*Wir werden nicht ruhen, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit...*

(Deutsche Einheit, 17. Juni 1953) [mehr...](#)

*Die Machthaber in der Sowjetzone haben damit begonnen, West-Berlin abzuriegeln...*

(Deutsche Einheit, Mauerbau) [mehr...](#)

*Von den Erinnerungen und Leiden durchzittert, die der Krieg über uns brachte...*

(Moskaureise) [mehr...](#)

#### 4. Innenpolitische Weichenstellungen und Reformen

*Der Geist der neuen Streitkräfte wird nicht durch Führer geformt...*

(Bundeswehr) [mehr...](#)

*Darum glaube ich, dass der Staat die Verpflichtung hat, der Familie zu helfen...*

(Familienpolitik) [mehr...](#)

*Ja, meine Damen, ich spreche ganz offenherzig...*

(Frauenpolitik) [mehr...](#)

*Die Sozialausschüsse haben tatkräftig mitgeholfen, um die Arbeiterschaft voranzubringen...*

(Sozialausschüsse, Eigentumspolitik) [mehr...](#)

*Der Mittelstand – bester Schutzdamm gegen eine Vermassung unseres Volkes...*

(Mittelstandspolitik) [mehr...](#)

*Die kommunale Selbstverwaltung: Grundlage einer gesunden Demokratie...*

(Kommunale Selbstverwaltung) [mehr...](#)

Sozialer Wohnungsbau [mehr...](#)

#### 5. Vermächtnis

*Ich werde in Ihre Reihen zurückkehren...*

(Abschied aus dem Kanzleramt) [mehr...](#)

*Meine Herren, heute bin ich 91 Jahre alt geworden...*

(Der letzte Geburtstag) [mehr...](#)

*Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung ...*  
(Nationalsozialismus, Demokratie, Programm der CDU)

Aus einer Grundsatzrede zum Programm der CDU, 6. März 1946

*Am 1. März 1946 wird Konrad Adenauer in Neheim-Hüsten zum 1. Vorsitzenden des Zonenausschusses der Christlich-Demokratischen Union in der britischen Zone gewählt. Zugleich verabschieden die Delegierten das von Adenauer maßgeblich mitgestaltete "Programm von Neheim-Hüsten". Am 6. März tritt der inzwischen 70jährige im Nordwestdeutschen Rundfunk mit einer Grundsatzrede an die Öffentlichkeit und erklärt:*

„Das deutsche Volk muss sich mit Politik befassen; denn nur auf dem Wege über politische Einsicht und politische Reife kann es wieder zur Freiheit, zum Aufbau eines neuen, eines freien Deutschlands kommen. Jede politische Betätigung geht über die Parteien. Das deutsche Volk muss daher zu ihnen Stellung nehmen. In Süddeutschland haben schon Wahlen stattgefunden. In der britischen Zone werden im Sommer dieses Jahres Gemeindewahlen sein. In der amerikanischen Zone soll im Herbst eine Volksabstimmung über die Verfassung stattfinden. Damit die Wähler ihre Entscheidung demnächst treffen können, sind die Parteien verpflichtet, dem deutschen Volk ihre Programme vorzulegen. Jede Partei soll sagen, was sie will. Sie soll es sagen mit so klaren und so unmissverständlichen Worten, so ehrlich und offen, dass unser Volk auch wirklich erkennt, was sie will.

Ich werde das tun für die Christlich-Demokratische Union, für die CDU der britischen Zone. Um unser Programm verstehen und würdigen zu können, muss man sich zuerst darüber klar werden, wie es gekommen ist, dass das deutsche Volk in einen solchen Abgrund stürzte. Die tieferen, die wirkenden Ursachen der Katastrophe liegen klar zutage. Sie reichen weit zurück vor das Jahr 1933. Der Nationalsozialismus hat uns zwar unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt, aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und den folgenden im deutschen Volk nicht möglich gewesen.

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert. Die Überzeugung von der Staatsomnipotenz, von dem Vorrang des Staates und der im Staat gesammelten Macht vor den ewigen Gütern der Menschheit, ist in zwei Schüben in Deutschland zur Herrschaft gelangt. Zunächst breitete sich diese Überzeugung von Preußen ausgehend nach den Freiheitskriegen aus. Dann eroberte sie nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ganz Deutschland. Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten Vernunft und Sittlichkeit, in dem Bewusstsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen. Mit der Überhöhung des Staates war zwangsläufig verbunden ein Absinken in der Bewertung der Einzelperson.

Die Einrichtung, in der sich staatliche Macht am sinnfälligsten äußert, ist das Heer. So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen breiter Volksschichten. Nach der Gründung des Kaiserreiches unter preußischer Vorherrschaft wandelte sich der Staat aus einem ursprünglich lebendig gefühlten Wesen mehr und mehr in eine souveräne Maschine. Die großen äußeren Erfolge, die dieser Auffassung vom Staat und der Macht zunächst beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und ihre damit verbundene Entwurzelung machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk. Die materialistische Weltanschauung

hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.

Der Nationalsozialismus war eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz dieser sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung des Wertes des Einzelmenschen.

Diese Ausführungen sind nötig zum Verständnis unseres Programms. Unser Programm ist nicht ein aus vielen Steinchen verschiedener Herkunft zusammengesetztes Mosaik; es ist aus der Anschauung des Ganzen, aus einer Weltanschauung im eigentlichen Sinne erwachsen. Nur wenn man sie erkennt und versteht, versteht und erkennt man unser Programm in seiner ganzen Weite und erkennt den fundamentalen Unterschied zwischen uns und anderen Parteien, der bestehen bleibt, wenn wir auch in den Forderungen und Vorschlägen zur Abstellung der augenblicklichen Notlage mit ihnen weitgehend übereinstimmen sollten. Wir halten es für notwendig, über die konkreten Aufgaben der Notjahre hinausweisende Richtlinien aufzustellen, weil unser Volk politisch umdenken muss. Der grundlegende Satz unseres Programms ist: An die Stelle der materialistischen Weltanschauung muss wieder die christliche treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze diejenigen der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelperson, für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben, für das Verhältnis der Völker zueinander. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit. Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform. Sie ist für uns eine Weltanschauung, die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muss diese unveräußerlichen Rechte achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Wir nennen uns Christlich-Demokratische Union, weil diese Grundsätze, die sich auf dem geistigen Boden des abendländischen Christentums entwickelt haben, das Fundament unserer ganzen Arbeit sind, und weil wir Christen aller Bekenntnisse zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen wollen.

Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat: Der Staat besitzt kein schrankenloses Recht. Seine Macht findet ihre Grenzen an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit für jeden. Recht auf politische und religiöse Freiheit; Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk; Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben.

Für das wirtschaftliche und soziale Leben stellen wir folgende Grundsätze auf: Die Wirtschaft hat ein doppeltes Ziel: die Bedarfsdeckung des Volkes und die Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ein soziales Recht zu schaffen, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet. Hierdurch wird eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages erreicht und der Geist des Klassenkampfes überwunden.

Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die nationalsozialistische Herrschaft hat uns das nur zu klar bewiesen. Deshalb halten wir die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen für notwendig. Weil beim Handwerker, beim Bauern, bei Mittel- und Kleinbetrieben die Forderung nach einer größeren Freiheit aus der inneren Struktur heraus leichter zu verwirklichen ist, verlangen wir für sie besondere Förderung.

Um der wirtschaftlichen und der politischen Freiheit willen sollen Gewerkschaften und Unternehmerverbände den Schutz der Verfassung genießen.

Ich habe schon betont, dass wirtschaftliche und politische Freiheit eng zusammenhängen. Zu ihrem Schutz erheben wir weiter folgende Forderungen: Eine Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte aller Art, die so stark ist, dass sie die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährden könnte, darf nicht stattfinden. Eine solche Gefährdung liegt auch vor, wenn diese Zusammenballung bei öffentlich-rechtlichen Organisationen oder beim Staat erfolgt.

Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht.

Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes durch ehrlich Schaffende ist daher nach Möglichkeit zu fördern. Das gilt besonders auch für den Erwerb eines Eigenheims.

Wir wollen Arbeit für jeden, der arbeiten will.

Die Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Das Für und Wider der Vergesellschaftung wird später im einzelnen Fall gegeneinander abzuwägen sein. Wir erblicken einen wirklich sozialen Fortschritt in der von uns geforderten Schaffung eines sozialen Rechts, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet; Vergesellschaftung, Überführung in Staatseigentum, staatsgelenkte Wirtschaft brauchen nicht identisch zu sein mit sozialem Fortschritt.“

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

## *Das deutsche Volk ist gewillt, das Unrecht an den Juden wiedergutzumachen ...*

(Wiedergutmachung, Juden, Israel)

Interview mit dem Chefredakteur und Herausgeber der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Karl Marx, in der Ausgabe vom 25. November 1949

*In der Frage der Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden ist Adenauer, der als Kölner Oberbürgermeister das jüdische Leben seiner Stadt mit Sympathie und Wertschätzung begleitete, zutiefst engagiert. Das Interview vom 25. November 1949 steht am Anfang einer behutsamen, aber zielstrebigen Politik, die ihren Höhepunkt findet, als Adenauer 1966, drei Jahre nach seinem Rücktritt, im hohen Alter von 90 Jahren Israel besucht.*

**Marx: Gewisse Kreise vertreten immer wieder die These, dass die Betonung des christlichen Charakters der CDU eine antijüdische Tendenz umschließt. Wollen Sie, Herr Bundeskanzler, zu dieser Frage eine Erklärung abgeben?**

*Adenauer:* In der ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag habe ich im Namen der Regierung und der hinter ihr stehenden politischen Kräfte betont, dass unsere Arbeit getragen sein wird von dem Geist christlich abendländischer Kultur und der Achtung vor dem Recht und der Würde des Menschen. In der Zeit des Hitlerregimes ist die Achtung vor der Würde des Menschen gründlich zerstört worden. Die Entwertung des Menschen zu einem Objekt staatlicher Zwecke ist eines der erschreckendsten Symptome jener Zeit gewesen. Wir wollen als Christen die Achtung vor dem Menschen ohne Rücksicht auf seine konfessionelle, rassische oder völkische Zugehörigkeit wiederherstellen. Im Geiste dieser Toleranz sehen wir in unseren jüdischen Landsleuten vollberechtigte Mitbürger. Wir wünschen, dass sie mit gleichen Rechten und Pflichten am geistigen, politischen und sozialen Aufbau unseres Landes teilhaben. Wir können und wollen ihre Mitarbeit nicht entbehren. Darin sehen wir in diesem Zusammenhang den Sinn des Begriffes "christlich".

**Marx: Glauben Sie, Herr Bundeskanzler, dass durch die gegen Deutsche nach dem Kriege getroffenen Maßnahmen, z.B. bei der Austreibung aus den Ostgebieten, das Unrecht, das im Namen des deutschen Volkes bis 1945 geschehen ist, kompensiert werden kann? Diese Auffassung wird vielfach vertreten.**

*Adenauer:* Unrecht und Leid, das über Menschen gebracht wurde, kann niemals kompensiert werden durch Unrecht oder Leid, das über andere Menschen gebracht wird. Das deutsche Volk ist gewillt, das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde, soweit wiedergutzumachen, wie dies nur möglich ist, nachdem Millionen Leben unwiederbringlich vernichtet sind. Diese Wiedergutmachung betrachten wir als unsere Pflicht. Für diese Wiedergutmachung ist seit 1945 viel zu wenig geschehen. Die Bundesregierung ist entschlossen, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

**Marx: Für uns ist die Wiedergutmachung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische Frage. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Wiedergutmachung zu fördern?**

*Adenauer:* Die moralische Wiedergutmachung ist ein Teil unseres rechtsstaatlichen Wiederaufbaues. Die Bundesregierung wird aufmerksam über die Einhaltung des Grundrechtsartikels wachen, der es verbietet, irgendjemand zu benachteiligen. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, dass die Schändung jüdischer Kultstätten und die Verwüstung jüdischer Friedhöfe, die leider in den vergangenen Jahren immer noch vorgekommen sind, ohne Nachsicht geahndet und bestraft werden. Es ist Pflicht vor allem der Gemeinden, die jüdischen Kultstätten nicht nur in ihren Schutz zu nehmen, sondern, soweit nötig, den Wiederaufbau zu unterstützen. Ich habe in der ersten Regierungserklärung bereits angekündigt, dass wir gegen radikale Tendenzen nötigenfalls von den Rechten, die

die Gesetze uns geben, entschlossen Gebrauch machen. Wir werden dies in aller Schärfe gegen antisemitische Tendenzen in der Presse oder im öffentlichen Leben tun, wenn sich dies als nötig erweist. Wir werden jeden Antisemitismus nicht nur bekämpfen, weil er uns innen- und außenpolitisch unerwünscht ist, sondern weil wir ihn aus Gründen der Menschlichkeit mit aller Entschiedenheit ablehnen. In Ausführung der Grundrechtsartikel des Grundgesetzes sind uns alle gesetzlichen Voraussetzungen gegeben, diesen unseren Willen in die Tat umzusetzen und die Juden vor jeder Diskriminierung zu schützen. Wir werden die Juden gegen jede Möglichkeit neuer Verfolgungen sichern.

Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Bundesregierung dem Ausgleich der den jüdischen Staatsangehörigen zugefügten wirtschaftlichen Schäden widmen. Die bestehende Gesetzgebung bedarf hier mancher Verbesserung und Ergänzung. Der Staat Israel ist die nach außen sichtbare Zusammenfassung der Juden aller Nationalitäten. Die Bundesregierung beabsichtigt, dem Staat Israel Waren zum Wiederaufbau im Werte von 10 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, und zwar als erstes unmittelbares Zeichen dafür, dass das den Juden in aller Welt von Deutschen zugefügte Unrecht wiedergutmacht werden muss. [...]

**Marx: Die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungen, insbesondere die Angehörigen der in Konzentrationslagern getöteten Juden, verfolgen mit Besorgnis die Tendenz, die für die Vernichtung verantwortlichen politischen Elemente zu amnestieren und die Verfolgung von Menschlichkeitsverbrechen einzustellen. Beabsichtigt die Bundesregierung, Schritte in dieser Richtung zu tun?**

*Adenauer:* Ich habe vor dem Bundestag bereits erklärt, dass die Bundesregierung der Auffassung ist, dass durch die Denazifizierung viel Unheil und Unglück angerichtet worden ist; dass jedoch die wirklich Schuldigen an den Verbrechen, die in der nationalsozialistischen Zeit und im Kriege begangen worden sind, mit aller Strenge bestraft werden sollen. Diese Auffassung wird von der Bundesregierung unverändert vertreten. Verbrecher, die sich der Vernichtung von Menschenleben schuldig gemacht haben, sind einer Amnestierung nicht würdig und werden auch in Zukunft der ihnen zukommenden Strafverfolgung ausgesetzt sein.

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

#### Literatur:

Gillessen, Günther: Konrad Adenauer and Israel. The Konrad Adenauer Memorial Lecture 1986, Hrsg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung, Oxford 1986.

Wolffsohn, Michael: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 692-731.

*Europa - die beste und dauerhafteste Sicherung der Nachbarn Deutschlands ...*  
(Deutschland und Europa)

*Von Anfang an ist es Adenauers Bestreben, den Westmächten zu verdeutlichen, dass eine Einbindung Deutschlands in Europa die beste Garantie gegen einen erneuten deutschen Revanchismus und Militarismus darstellt. Diese liege daher nicht nur im deutschen Interesse, sondern sei von zentraler Bedeutung für den ganzen Kontinent.*

Rede in der Aula der Universität zu Köln am 24. März 1946

"Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten, und ich habe ihr in den zwanziger Jahren bei den schwersten Krisen gegenüber der Reichsregierung das Wort geredet. Ich bin nie eingetreten für eine Abtrennung deutschen Gebietes, sondern immer nur für eine vernünftige, beiden Interessen gerecht werdende Verständigung. Ich bin deshalb in den zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauerhaften Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind und immer bleiben werden. Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa, für ganz Europa möglich als damals.

Wenn die augenblickliche internationale Spannung ohne Entladung vorüber ist - und Gott gebe es, dass sie ohne Entladung vorübergeht -, so wird der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit der Völker, der Verurteilung kriegerischer Auseinandersetzung seine Feuerprobe bestanden haben und einen großen Schritt weiter gekommen sein. Dann muss meines Erachtens das Problem der Vereinten Staaten von Europa unter Einschluss Deutschlands von den Vereinten Nationen in Angriff genommen werden. Die Vereinten Staaten von Europa sind die beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands. Bis zur Gründung der Vereinten Staaten von Europa lassen sich für diese Nachbarn ohne Zerstückelung Deutschlands völlig genügende Sicherungen treffen: kein Reich mehr unter preußischer Führung, kein zentralistisches Reich. Der Militarismus ist tot, wirtschaftliche Befriedigung und Beruhigung Deutschlands, Unterstützung des Prinzips der Demokratie und der Völkerverständigung in Deutschland, Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und seiner westlichen Nachbarn einschließlich derjenigen Englands."

*Quelle: Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Hrsg. von Günter Rinsche. Köln 1997, S. 101 f.*

Literatur:

Baumgart, Winfried: Adenauers Europapolitik, in: Günter Rinsche (Hg.): Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln 1997, S. 13-36.

Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976.

## Deutschland und Europa, Deutschland und Frankreich, Schuman-Plan

### *Für das freie Europa von zukunftsbestimmender Bedeutung ...*

Zum zehnten Jahrestag des Schuman-Plans, 9. Mai 1960\*

*Am 8. Mai 1950, auf den Tag genau fünf Jahre nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, unterbreitet der französische Außenminister Robert Schuman Adenauer in einem persönlichen Schreiben seinen Plan, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinschaftlichen Organisation zu unterstellen. Damit soll die Grundlage für eine europäische Wirtschaftsorganisation und für friedliche Zusammenarbeit geschaffen werden.*

„Mein Freund Schuman hat mir später selbst gesagt, dass ihn bei diesem Vorschlage in allererster Linie die politischen Gründe geleitet hätten, zwischen Frankreich und Deutschland auf die Dauer ein friedliches Verhältnis zu begründen. In jener Zeit hielt man es für undenkbar, dass ein Krieg ausbrechen könnte, ein Krieg begonnen werden könnte, ohne dass die Stahlproduktion erheblich davon von vornherein bei den Vorbereitungen beeinflusst würde. Daher der Gedanke Robert Schumans, beiden Ländern Sicherheit zu geben, dass sie von dem anderen Lande keinen Angriff zu gegenwärtigen hätten.

Ich habe seinen Vorschlag mit überzeugtem Herzen sofort aufgegriffen und war glücklich darüber. Dieser Vorschlag entsprach meinen Vorstellungen, die ich seit langen Jahren gehegt habe, meinen Vorstellungen, dass zwischen Frankreich und Deutschland ein gutes, nachbarliches, wenn möglich freundschaftliches Verhältnis geschaffen werden müsste, wenn in Europa kein Krieg mehr ausbrechen sollte.

Der Vorschlag Schumans war für das ganze freie Europa aber eine politische Tat von entscheidender und zukunftsbestimmender Bedeutung. In seiner geschichtlich gewordenen Erklärung sagte er: "Europa wird durch konkrete Maßnahmen entstehen, die eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird" [...]

Ich habe eben schon erwähnt, dass ich schon seit langer Zeit einen solchen Zusammenschluss auf irgendeinem Gebiete, der die beiden Industrien, die Industrien beider Länder miteinander verband, gewünscht und ersehnt habe. Der erste Versuch war im Jahre 1925. Er misslang. Nach dem zweiten Weltkrieg hatten aber alle in Deutschland begriffen, dass Europa seine Sicherheit nur gemeinsam finden, seine Freiheit nur gemeinsam verteidigen und nur als Ganzes in der Welt von heute einen Platz finden könnte, der seinem geistigen Rang angemessen sein würde.“

*\* Robert Schuman (1886-1963), französischer Politiker, 1944 Mitgründer des christlich-demokratischen MRP, 1946-47 Finanzminister, 1947-48 Ministerpräsident, 1948-52 Außenminister, 1955-56 Justizminister, 1958-60 erster Präsident des Europäischen Parlaments. Schumans Initiative mündete am 18. April 1951 in die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS bzw. Montanunion) durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.*

Quelle.: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.

*Unsere Enkel werden die Früchte dessen ernten, was jetzt beschlossen worden ist ...*

(Europa, Europäische Gemeinschaft)

Aus einem "Teegespräch" Adenauers mit Journalisten am 22. Februar 1957

*Am 25. März 1957 unterzeichnen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland auf dem Kapitol zu Rom feierlich die "Römischen Verträge" über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Nach Abschluss der Vorverhandlungen in Paris am 19./20. Februar 1957 lädt Adenauer Bonner Journalisten zum Kanzler-Tee.*

„Natürlich liegt jetzt sehr nahe der Vergleich mit dem Norddeutschen Zollverein. Wenn Sie sich eine Landkarte zur Hand nehmen aus der Zeit nach den Befreiungskriegen und dann alle diese Länder und Ländchen und ganz kleinen Ländchen sehen, die alle ein eigenes Zollgebiet waren, zum Teil auch eigene Münzen hatten, und die alle ein Leben für sich führten, dann war das für die damalige Zeit sicherlich ein großes Wagnis, diese verschiedenen Wirtschaften und verschiedenen Länder, die verschiedenen Zollgebiete zu einer großen Einheit zusammenzuschließen. Und wenn Sie einmal ein Protokoll zur Hand nehmen aus der Zeit nach 1848 von irgendeinem Landtag – nehmen Sie den sächsischen Landtag oder irgendein Parlament, gleichgültig, welches es ist –, da werden Sie finden, dass da von den Rednern ausgeführt worden ist, dass die ganze Welt zugrunde gehe, wenn man wirklich so etwas mache. Wenn man all das liest und sieht, dann wird man lebhaft erinnert an die Vorgänge, die sich jetzt ereigneten mit folgenden Unterschieden:

Denken Sie bitte daran, dass es damals keine Eisenbahnen gab, dass es kein Telefon gab, dass es keine Autos, dass es keine Flugzeuge gab. Wenn Sie sich nun einmal vorstellen, dass diese technischen Fortschritte oder jedenfalls technischen Neuheiten, die ich eben aufgezählt habe, in höchstem Grade raumverkleinernd wirken, dass Sie also z.B. – ich glaube, ich gehe da nicht fehl – heute mit dem Flugzeug nach dem Kongo fast so schnell hinkommen von Europa aus wie damals mit der Postkutsche quer durch Deutschland, dann, glaube ich, wird Ihnen doch sehr klar einmal die Notwendigkeit werden, die Räume zusammenzuschließen. Denn unsere Zeit mit diesen raumverschlingenden technischen Fortschritten verlangt größere Räume, sonst kann sie sich nicht bewegen und entwickeln, und ferner, meine Herren, verlangt unsere Zeit auch politischen Fortschritt.

Ich für meine Person bin überzeugt davon, dass, wenn man etwas Geduld hat – und die Geduld muss man haben, und höchstwahrscheinlich werden erst unsere Enkel die Früchte dessen ernten, was jetzt beschlossen worden ist –, wenn man Geduld hat und in die Zukunft sieht, aus der Vergangenheit heraus reflektiert auf die Zukunft, dann glaube ich, wird doch zweierlei sehr klar: Einmal, dass, wenn wir das nicht getan hätten, Europa verkümmert, buchstäblich verkümmert wäre. Und zweitens wird einem dann klar, dass man Risiken eingehen muss.

Meine Herren, nichts auf der Welt ist ohne Risiko, aber auch gar nichts. Und sicher ist der Fortschritt nicht ohne Risiko, und der politische Fortschritt und der wirtschaftliche Fortschritt sind erst recht nicht ohne Risiko. Das ist bei jedem einzelnen Unternehmen der Fall, das ist auch der Fall, wenn Staaten sich zusammenschließen.“

*Quelle: Adenauer. Teegespräche 1955-1958, bearb. von Hanns Jürgen Küsters (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1986, S. 179 f.*

Literatur:

Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

*Welch großartiger Fortschritt in der Geschichte dieser beiden Völker ...*  
(Deutschland und Europa, Deutschland und Frankreich)

Ansprache im Deutschen Fernsehen anlässlich der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages, 23. Januar 1963

*Für Adenauer, der seinen Rücktritt schon vor Augen hat, bedeutet der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 die Krönung seiner Aussöhnungspolitik gegenüber Frankreich. Heute gilt das Vertragswerk als bewährte Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen.*

„Wir müssen uns darüber klar sein, wenn wir diesen Vertrag sehen, was vorgegangen ist. Seit über vier Jahrhunderten bestehen zwischen Deutschland und Frankreich Spannungen, Streitigkeiten, die oft genug zu blutigen Kriegen führten. Ich darf daran erinnern, dass der letzte Krieg mit Frankreich ja noch gar nicht so lange vorbei ist, der Krieg, in dem wir die Besiegten waren. Ich darf auch daran erinnern, dass damals eine große Gefahr für Deutschland bestand, die Gefahr nämlich, dass Deutschland aufgeteilt und zerstückelt wurde. Wir sind auch jetzt noch nicht miteinander vereint, und deswegen enthält dieser Vertrag auch die Berlin-Klausel, die in allen Verträgen mit anderen Ländern steht.

Aber wenn man geschichtlich denkt und wenn man sich die Wende vor Augen hält, die nunmehr zum Teil schon in den Beziehungen zwischen diesen beiden Völkern eingetreten ist, zum Teil weiter durch diesen Vertrag gefördert eintreten wird, dann muss man in der Tat sagen: Welch großartiger Fortschritt in der Geschichte dieser beiden Völker, die mitten in Europa gelegen sind, die Nachbarn sind, die von gemeinsamen Gefahren bedroht sind, deren Schicksal, so wie die Welt sich entwickelt hat, dasselbe sein wird, Welch ein großes Glück, dass diese beiden Völker nun zueinander gefunden haben!

Meine verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, es würde kein Europa geben, wenn nicht diese wirkliche Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland vorangegangen wäre. Alle die europäischen Institutionen, die wir bisher schon geschaffen haben, wären undenkbar ohne eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Ich sage wohlüberlegt, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Stellung in der Welt, die sie jetzt innehat, nicht innehaben würde, wenn noch der Spannungszustand mit Frankreich bestände, wie er bei Ausgang des Krieges bestanden hat. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Vertrag später einmal von der Geschichtsschreibung als einer der wichtigsten und wertvollsten Vertragswerke der Nachkriegszeit bezeichnet werden wird, und ich bin fest davon überzeugt, dass er sich zum Nutzen beider Völker auswirken wird und zum Nutzen Europas und zum Frieden der Welt.“

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 25. Januar 1963.*

Literatur:

Koopmann, Martin: Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958-1965, Baden-Baden 2000.

Lappenküper, Ulrich: Ein besonderes Verhältnis: Konrad Adenauer und Frankreich (1949-1963), Bad Honnef 1997.

Schwarz, Hans-Peter: Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich, Bonn 1992 (Reflexionen über Deutschland im 20. Jahrhundert).

*Das neue Deutschland wird ein guter Nachbar Polens werden ...*  
(Deutschland und Europa, Deutschland und Polen)

Rundfunkansprache zum 20. Jahrestag des Überfalls auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkriegs, 31. August 1959

*Am 26. und 27. August 1959 besucht US-Präsident Dwight D. Eisenhower die Bundesrepublik. Aus Siegern sind Freunde geworden. Wenige Tage später verweist Adenauer in seiner Rundfunkansprache zum zwanzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns auf dieses Zeugnis eines tiefgreifenden Sinneswandels, der auch Grundlage sei für die Aussöhnung mit dem östlichen Nachbarn Polen, "damit auf diesem Boden dereinst eine wahre Freundschaft wachse".*

Vor zwanzig Jahren, am 1. September 1939, begann der Krieg. Lange Jahre hindurch herrschten in Europa, auf den Meeren, in anderen Erdteilen Schrecken und Gewalt [...] Ein besonderes Wort [...] muss heute dem Volke gelten, das durch den Einfall der Truppen Hitler-Deutschlands und der Sowjetunion das erste Opfer des Krieges geworden ist, ich meine das polnische Volk. Weit länger als ein Jahrhundert hat dieses sympathische Volk, ohne dass es irgendeine Schuld traf, unter den politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa gelitten; dreimal wurde es zerrissen und geteilt und vor zwanzig Jahren wurde es das erste Opfer dieses Krieges, als Hitler-Deutschland und die Sowjetunion in das Land einfielen und es grausam zerstörten.

Das heutige Deutschland ist ein anderes Deutschland als jenes unter Hitler. Der triumphale Einzug, der vor wenigen Tagen vom deutschen Volke dem siegreichen Heerführer gegen Hitler-Deutschland bereitet worden ist, beweist schlagender als Worte es können, welch' tiefer Gesinnungswechsel gegenüber dem Nationalsozialismus, seiner Doktrin und seinen Taten bei den Deutschen stattgefunden hat. Darum sage ich aus innerer Überzeugung, dass dieses Deutschland, das neue Deutschland einmal ein guter Nachbar Polens werden wird.

Im Konzentrationslager im zweiten Weltkrieg war ich mit polnischen Soldaten und Offizieren zusammen. Uns verband mehr als die Schicksalsgemeinschaft des Konzentrationslagers, zwischen uns entstand im Lager eine Gemeinschaft, die auf dem Fundament einer tiefen, geistigen Übereinstimmung beruhte.

In den vergangenen zehn Jahren habe ich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland öfter erklärt und wiederhole diese Erklärung heute: Unser Bestreben wird es sein, Verständnis, Achtung und Sympathie zwischen dem heutigen Deutschland und dem polnischen Volk zu begründen, damit auf diesem Boden dereinst eine wahre Freundschaft erwachse.

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 1. September 1959.*

Literatur:

Bingen, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998.

*Wir wünschen die Einheit Deutschlands in Freiheit ...*  
(Deutsche Einheit, Grundgesetz)

Ansprache vor dem Parlamentarischen Rat nach der Schlussabstimmung über das Grundgesetz, 8. Mai 1949

*Schon bald nach Kriegsende werden die einstigen Alliierten zu Gegnern im Kalten Krieg. Als Reaktion auf die fortschreitende Sowjetisierung ihres Besatzungsgebietes durch die UdSSR, die zur Vertiefung der faktisch gegebenen Teilung Deutschlands führt, empfiehlt die in der ersten Jahreshälfte 1948 tagende Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (Westmächte und Benelux-Staaten), in Westdeutschland ein demokratisches Regierungssystem auf föderativer Grundlage zu errichten. Am 1. September 1948 tritt darauf hin in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Er soll für den westdeutschen Teilstaat ein "Grundgesetz" erarbeiten, um "dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung" zu geben. In der Schlussansprache erklärt Adenauer als Vorsitzender:*

„Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele. Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen kann wie jeder andere europäische Mensch. Wir in der Westzone sind auf dem Wege zur politischen Freiheit. [...] Das, was bei uns, und das, was in der Ostzone geschieht, ist ebenso wenig zu vergleichen, wie Feuer und Wasser zu vergleichen sind. Feuer und Wasser kann man nicht miteinander mischen. Deswegen möchte ich in dieser bedeutungsvollen Stunde den alliierten Mächten zurufen: Wir wollen nicht, dass durch die Verhandlungen in Paris\* etwa eine Annäherung der Zustände in den Westzonen an die in der Ostzone erreicht wird. (Abgeordneter Renner, KPD: Keine Bodenreform!) Wir wollen keine solche Vermischung, sondern wir möchten, dass die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben (lebhaft Zustimmung), damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können. [...] Meine Damen und Herren! Wir wünschen, dass Gott dieses Volk und dieses Werk segnen möge, zum Segen Europas und zum Segen des Friedens in der Welt! (Lebhaft Bravorufe und Klatschen.) Ich schließe die Sitzung.“

*\* Letzte Konferenz des Rates der Außenminister, 23. Mai-20. Juni 1949. Sie bestätigt das Ende der Berlinblockade und die Freizügigkeit des Verkehrs in Deutschland, bringt aber keine Einigung in der Deutschlandfrage.*

*Quelle: Parlamentarischer Rat. Stenographische Berichte. 10. Sitzung. 8. Mai 1949, S. 241-243. Auch in Schwarz, Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, S. 133 ff.*

Literatur:

Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten, Opladen 1991.

*Nur der freie Wille legitimiert staatliche Organisation ...*  
(Deutsche Einheit, Gründung der DDR)

Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag zur Gründung der DDR, 21. Oktober 1949

*Am 7. September 1949 konstituiert sich der aus den Wahlen vom 14. August hervorgegangene 1. Deutsche Bundestag. Die drei Wochen später erfolgende Gründung der DDR (7. Oktober) ist durch Errichtung verschiedener Zentralorgane längst vorbereitet, worauf Adenauer in seiner Regierungserklärung Bezug nimmt. Sie formuliert erstmals die für die Deutschlandpolitik der kommenden zwei Jahrzehnte zentralen Positionen: Negierung des Staatscharakters der DDR wegen fehlender demokratischer Legitimation, Alleinvertretungsanspruch und Verantwortlichkeit der Bundesrepublik für die Bevölkerung in der Sowjetzone.*

„Ihnen, meine Damen und Herren vom Deutschen Bundestag, als den legitimierten Vertretern des deutschen Volkes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone und in Berlin sind kennzeichnend für den tragischen Weg des deutschen Volkes seit 1933. Sie unterstreichen mit aller Klarheit und Deutlichkeit noch einmal die Zerreißung des deutschen Gebietes in zwei Teile, in einen östlichen Teil, bewohnt von rund 18 Millionen Deutschen, die in der Unfreiheit sowjetischer Satellitenstaaten dahinleben, und einen westlichen Teil mit 45 Millionen Einwohnern, der sich zwar noch nicht im vollen Besitz der Freiheit befindet, in dem aber die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates immer mehr in deutsche Hände gelegt werden und in dem – ich hebe das auf das nachdrücklichste hervor – die Menschen sich der persönlichen Freiheit und Sicherheit erfreuen, ohne die ein menschenwürdiges Dasein für uns nicht denkbar ist. (Beifall.)

Ich habe von dem Schicksalsweg des deutschen Volkes seit 1933 gesprochen. Um der historischen Wahrheit willen muss man davon sprechen, dass die Tragik des deutschen Volkes nicht erst 1945 mit der Kapitulation, die bedingungslos die gesamte militärische und staatliche Macht den Siegern übergab, begann, sondern 1933 mit der Machtergreifung Hitlers. (In der Mitte und bei der SPD: Sehr richtig!) Man kann und darf die Periode von 1933 bis 1945 nicht trennen von dem, was sich seit 1945 ereignet hat. (Bei der SPD: *Sehr gut!*) Beide Epochen hängen eng zusammen. Um der Verantwortung willen, die wir vor dem deutschen Volk übernommen haben, und um dem deutschen Volk und dem Ausland ein klares Bild von dem zu geben, was jetzt ist, ist eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse seit 1945 nötig.

Entgegen dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem beschlossen wurde, Deutschland während der Besetzungszeit als eine politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten, trat schon sehr bald eine verschiedene Auffassung über die Deutschland gegenüber zu beobachtende Haltung unter den Alliierten zutage. In der Sowjetzone wurden schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den drei anderen Zonen Zentralverwaltungen eingerichtet, die den unverkennbaren Zweck hatten, die ganze sowjetische Zone staatlich einheitlich zu organisieren. Diese Bestrebungen wurden aufs nachdrücklichste gefördert durch die am 12. Juni 1947 erfolgte Bildung einer Wirtschaftskommission. Die wirtschaftliche und die politische Trennung der Sowjetzone von dem übrigen Deutschland wurde weiter gefördert durch die Einsetzung des sogenannten Ersten Volkskongresses am 6. Dezember 1947, die Einberufung des Zweiten Volkskongresses am 18. März 1948, die Schaffung eines Volksrates am gleichen Tag, die Erteilung des Auftrags an den Volksrat, eine Verfassung auszuarbeiten, und schließlich durch die Verabschiedung dieser Verfassung durch den Volksrat am 19. März 1949.

Diese Volkskongresse sind nicht aus Wahlen, das heißt aus freien Wahlen, an denen sich jeder hätte frei beteiligen können, hervorgegangen. Für den Dritten Volkskongress durfte nur eine Einheitsliste aufgestellt werden. Die in der vom Volksrat beschlossenen Verfassung vom 19. März 1949 vorgesehenen Wahlen für eine Volkskammer wurden nicht abgehalten. Der Volksrat etablierte sich am 7. Oktober 1949 im Widerspruch mit der von ihm selbst beschlossenen Verfassung als provisorische Volkskammer. Gleichzeitig wurde erklärt, dass

Wahlen, die schon mehrfach in Aussicht gestellt waren, bis zum 15. Oktober 1950 verschoben würden. Nach dem völligen Zusammenbruch aller staatlichen Organisationen in Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation kann aber eine Organisation in Deutschland nur dann den Anspruch darauf erheben, ein legitimer Staat zu sein, wenn sie auf dem freien Willen der Bevölkerung beruht. (*Lebhafte Zustimmung.*) Es wird niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht. (*Zwischenruf: Sehr richtig!*) Sie ist zustande gekommen auf Befehl Sowjetrusslands und unter Mitwirkung einer kleinen Minderheit ihm ergebener Deutscher. [...]

Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. (*Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. (*Zwischenruf: Sehr gut!*) Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. (*Lebhafter Beifall und Klatschen rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) [...]

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutscher, die in der Sowjetzone leben. (*Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Sie versichert sie ihrer Treue und ihrer Sorge. (*Erneuter Beifall.*) Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. (*Zwischenruf: Sehr gut! – Renner, KPD: Ich denke, die Hohen Kommissare!*) Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. (*Zustimmung rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) Das gilt insbesondere auch für die Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind. (*Stürmischer Beifall rechts, in der Mitte und bei der SPD.*) [...]

Quelle: 1. Deutscher Bundestag. *Stenographisches Protokoll der 13. Sitzung, 21. Oktober 1949, S. 307-309.*

Literatur:

Hans Günter Hockerts (Hg.): *Das Adenauer-Bild in der DDR*, Bonn 1996.

*Im Grunde wenig Neues: die "Stalin-Note" ...*  
(Deutsche Einheit, Stalin-Note)

Aus einer Rede Adenauers vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Siegen,  
16. März 1952

*Als im Herbst 1951 erkennbar wird, dass die Westmächte in der Frage eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik ernst machen, signalisieren die Sowjetunion und die Ost-Berliner Regierung in der Wiedervereinigungsfrage weitgehende Gesprächsbereitschaft. Den Höhepunkt der politischen Offensive des Ostens bildet die sogenannte "Stalin-Note" vom 10. März 1952, mit der die Sowjetunion die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates unter Gewährleistung demokratischer Freiheiten anbietet. Elementare Bedingung ist die Neutralisierung Deutschlands. Das Angebot einer Nationalarmee setzt das Werben um ehemalige Nationalsozialisten und die traditionelle deutsche Rechte fort.*

Es gibt drei Möglichkeiten für Deutschland: Den Anschluss an den Westen, Anschluss an den Ost und Neutralisierung. Die Neutralisierung aber bedeutet für uns die Erklärung zum Niemandsland. Damit würden wir zum Objekt und wären kein Subjekt mehr. Ein Zusammenschluss mit dem Osten aber kommt für uns wegen der völligen Verschiedenheit der Weltanschauungen nicht in Frage [...]

Die Sowjetnote schlägt vor, dass eine gesamtdeutsche Regierung geschaffen wird. Eine gesamtdeutsche Regierung kann aber nur geschaffen werden auf Grund gesamtdeutscher und freier Wahlen! Morgen wird die UNO-Kommission, die die Voraussetzungen für die Abhaltung freier Wahlen bei uns und in der Sowjetzone prüfen soll, in Bonn eintreffen. Ich habe den dringenden Wunsch, dass die Sowjetregierung gefragt wird: "Wirst du bereit sein, die UNO-Kommission in der Sowjetzone und in Berlin zuzulassen?" Aus der Antwort hierauf wird man seine Schlüsse ziehen können [...]

Und nun lassen Sie mich noch ein Wort zu dieser Sowjetnote sagen: Im Grunde genommen bringt sie wenig Neues. Abgesehen von einem starken nationalistischen Einschlag will sie die Neutralisierung Deutschlands und sie will den Fortschritt in der Schaffung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und in der Integrität von Europa verhindern. Es soll sich aber kein Deutscher dadurch täuschen lassen, dass die Sowjetregierung einem Gesamtdeutschland eine eigene Wehrmacht zubilligen wird. Seit 1940 ist die Entwicklung in der Waffentechnik so ungeheuer fortgeschritten, dass Deutschland gar nicht in der Lage ist, die Einheiten einer Wehrmacht mit modernen Waffen auszustatten. Es ist dazu nicht in der Lage, weil ihm die nötigen Fabrikations- und Forschungsstätten fehlen und weil es auch nicht die erforderlichen Geldmittel aufbringen kann. Es gehören ungeheure Summen dazu, auch nur einige Divisionen auszurüsten, Mittel, an die wir gar nicht denken können, und deshalb ist dieser Teil der sowjetrussischen Note weiter nichts als Papier und sonst gar nichts! [...]

Wir wollen, dass der Westen so stark wird, dass er mit der Sowjetregierung in ein vernünftiges Gespräch kommen kann, und ich bin fest davon überzeugt, dass diese letzte sowjetrussische Note ein Beweis hierfür ist. Wenn wir so fortfahren, wenn der Westen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten so stark ist, wie er stark sein muss, wenn er stärker ist, als die Sowjetregierung, dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Sowjetregierung ihre Ohren öffnen wird. Das Ziel eines vernünftigen Gesprächs zwischen Westen und Osten aber wird sein: Sicherung des Friedens in Europa, Aufhören von unsinnigen Rüstungen, Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und eine Neuordnung im Osten. Dann endlich wird der Welt nach all den vergangenen Jahrzehnten das werden, was sie dringend braucht: Ein langer und sicherer Frieden!"

*Quelle: Siegener Zeitung, 17. März 1952.*

Literatur:

Schwarz, Hans-Peter: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit – Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart 1982.

*Wir werden nicht ruhen, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit ...*

(Deutsche Einheit, 17. Juni 1953)

Ansprache bei der Trauerfeier für die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin, 23. Juni 1953

*Auf der 2. Parteikonferenz der SED 1952 verkündet der stellvertretende Ministerpräsident und spätere Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, jetzt werde mit dem "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" begonnen. Das heißt: Planwirtschaft, verschärfter Klassenkampf, Repression. Die Folge: Es geht steil bergab. Wirtschaftschaos und Unterdrückung lassen den Flüchtlingsstrom anschwellen. Am 16. Juni 1953 macht sich der Volkszorn Luft. Am 17. Juni walzen Panzer der Sowjetmacht den Aufstand, der sich wie ein Lauffeuer ausbreitet, nieder. Adenauer ist zum Zuschauen verurteilt. Am 23. Juni gedenkt er der Toten.*

„Mit elementarer Wucht ist dieser Aufstand ausgebrochen. Aus einer Welle der Unzufriedenheit an der Baustelle in der Frankfurter Allee wurde eine ungeheure Woge der Erbitterung, der Verzweiflung, die über das ganze Gebiet, über Ost-Berlin, über Magdeburg, Brandenburg, Leipzig, Chemnitz, Dessau und Gera, über das Gebiet des Uranbergbaus, über die Landbevölkerung in Sachsen und Mecklenburg wie überhaupt über die gesamte Sowjetzone hinwegging.

Wie ein Orkan brach die aufgestaute Verzweiflung und Not los gegen Sklaverei und Unterdrückung, nicht achtend Tod und Gefahr. Wie ungeheuer der Druck ist, der nun seit Jahr und Tag auf diesem Teil Deutschlands lastet, das zeigt das Aufbäumen dieser Millionen gegen ihre kommunistischen und russischen Machthaber. Nicht russische Panzer und Maschinengewehre, nicht Maschinenpistolen der Kommunisten konnten sie schrecken, sie davon abhalten, ihr Leben zu wagen und zu opfern.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor ihnen und in Ehrfurcht grüßen wir sie: Sie alle, die Toten und die Lebenden, die vor der ganzen Welt Zeugnis dafür ablegten, dass sie keine Versklavung mehr ertragen konnten, vor diesen Märtyrern der Freiheit. Der ganzen Welt haben sie gezeigt, dass die Deutschen keine Sklaven sein wollen. Der ganzen Welt haben sie gezeigt, dass sie Tyrannei nicht mehr zu ertragen gewillt sind, dass die Zeit totalitärer Herrschaft für die Deutschen vorbei ist. Mit Waffen kann man ein unbewaffnetes, ein wehrloses Volk zu Boden schlagen, aber seinen Willen, seine Entschlossenheit, sich nicht zu beugen, kann man nicht aus seiner Brust reißen [...]

Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnen gegen diese seit nunmehr acht Jahren währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk – bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 24. Juni 1953.*

Literatur:

Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

*Die Machthaber der Sowjetzone haben damit begonnen, West-Berlin abzuriegeln ...*

(Deutsche Einheit, Mauerbau)

Erklärung Adenauers vom 13. August 1961

*Am 13. August 1961 beginnt die Absperrung des Ostsektors von Berlin. Unter dem Brandenburger Tor ziehen Volkspolizei und halb-militärische Betriebskampfgruppen mit Panzerwagen und Maschinengewehren auf. Es entsteht "die Berliner Mauer". Angesichts der prekären weltpolitischen Lage ist Adenauer bestrebt, nichts zu unternehmen, was die Situation erschweren und unkalkulierbare Gefahren heraufbeschwören könnte.*

„Die Machthaber der Sowjetzone haben heute nacht damit begonnen, unter offenem Bruch der Viermächtevereinbarungen West-Berlin von seiner Umgebung abzuriegeln. Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil das der mitteldeutschen Bevölkerung von einer auswärtigen Macht aufgezwungene Regime der inneren Schwierigkeiten in seinem Machtbereich nicht mehr Herr wurde. Die übrigen Ostblock-Staaten haben von dem Zonenregime verlangt, diesen Zustand seiner Schwäche und Unsicherheit zu beseitigen. Der gesamten Weltöffentlichkeit wurde durch die Massenflucht aus der Zone tagtäglich gezeigt, unter welchem Druck die Bewohner stehen und dass ihnen das in der ganzen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht nicht gewährt wird.

Durch die Willkür des Pankower Regimes ist eine ernste Situation heraufbeschworen worden. Im Verein mit unseren Alliierten werden die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen. Die Bundesregierung bittet alle Deutschen, auf diese Maßnahmen zu vertrauen. Es ist das Gebot der Stunde, in Festigkeit, aber auch in Ruhe der Herausforderung des Ostens zu begegnen und nichts zu unternehmen, was die Lage nur erschweren, aber nicht verbessern kann.

Mit den Deutschen in der Sowjetzone und in Ost-Berlin fühlen wir uns nach wie vor aufs engste verbunden, sie sind und bleiben unsere deutschen Brüder und Schwestern. Die Bundesregierung hält an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit unverrückbar fest. Bei der Bedeutung des Vorgangs habe ich den Außenminister gebeten, die ausländischen Regierungen durch die deutschen Vertretungen unterrichten zu lassen.“

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung vom 15. August 1961.*

## *Ein Ereignis von geschichtlicher Tragweite ...* (Westintegration, Nato)

Zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO, Paris, 9. Mai 1955

*Am 30. August 1954 scheitert in der französischen Nationalversammlung der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von 1952. "Die Krise der europäischen Politik macht die Nationalisten dreist", fürchtet Adenauer. Für die Fortsetzung deutscher Politik stellt er nun folgende Ziele auf: Politische Integration Europas, Zurückstellung der militärischen Integration, volle Souveränität, Eintritt in die NATO, Verträge über Stationierung von Truppen verbündeter Staaten in der Bundesrepublik. Noch im selben Jahr wird in London und Paris die partnerschaftliche Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft vertraglich geregelt (Deutschlandvertrag, Westeuropäische Union). Die Bundesrepublik wird eingeladen, der NATO beizutreten.*

Herr Vorsitzender, Exzellenzen, die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Nordatlantikpakt ist von Ihnen, Herr Vorsitzender, und von den Repräsentanten der Mitgliedstaaten, die das Wort ergriffen haben, als ein Ereignis von geschichtlicher Tragweite begrüßt worden. [...]

Die Nordatlantikorganisation ist eine Gemeinschaft freier Nationen, die ihre Entschlossenheit bekundet haben, das gemeinsame Erbe der abendländischen Kultur, die persönliche Freiheit und die Herrschaft des Rechts zu verteidigen.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch die kommunistisch regierten Staaten des Ostblocks war die Nordatlantikorganisation ihrer Zielsetzung entsprechend gezwungen, eine militärische Streitmacht zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung für die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten und letzten Endes zur Erhaltung des Weltfriedens aufzubauen [...]

Ich sehe in der Verwirklichung der Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland mit den Staaten der freien Welt beschlossen hat, ich sehe in dem Eintritt der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt einen Ausdruck der Notwendigkeit, den engen Nationalismus zu überwinden, der in den vergangenen Jahrzehnten die Wurzel unseres Unglücks war. Wir müssen den gesellschaftlichen Fortschritt der technischen Entwicklung anpassen, um die durch diese Entwicklung freigewordenen Kräfte in eine Ordnung einzufügen und ihnen ihre zerstörende Wirkung zu nehmen. Deshalb kann die Organisation einer gemeinsamen Verteidigung nur eines der Ziele des Nordatlantikpaktes sein. Ich halte es deshalb für eine der wichtigsten Bestimmungen des Nordatlantikpaktes, wenn in Präambel und Artikel 2 des Vertrags zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt der Völker und zur Bewahrung ihres gemeinsamen Kulturerbes zu einer Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und kulturellen Fragen aufgefordert wird. Seien Sie versichert, dass es ein besonderes Anliegen der Bundesregierung sein wird, auf diesen Gebieten mit aller Kraft mitzuwirken.

Die Bundesregierung ist entschlossen, gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten für Frieden und Freiheit einzutreten. Ich weiß, dass das ganze deutsche Volk so fühlt und denkt, auch jene 18 Millionen, denen immer noch versagt ist, sich frei auszusprechen und über ihr Schicksal frei zu bestimmen [...]"

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 10. Mai 1955.*

### Literatur:

Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.): Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtensystem der Jahre 1953-1956, Boppard 1988.

## *Von den Erinnerungen und Leiden durchzittert, die der Krieg über uns brachte ...*

(Die Moskaureise)

Der Kanzler berichtet vor der Presse über seine Moskaureise, 16. September 1955

*Nach dem größten Verdienst des ersten Kanzlers fragt 1975 das Allensbacher Institut für Demoskopie. An dritter Stelle der Antworten steht: "Dass er Deutschland wieder zu Ansehen und Geltung in der Welt verholfen hat", an zweiter: "Die Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich", ganz vorne: "Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Russland". Sie ist neben der deutschen Frage und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zentrales Thema bei Adenauers Verhandlungen in Moskau vom 9. bis 13. September 1955. Nach Ausführungen über Voraussetzungen und Hintergründe seiner Reise berichtet der Kanzler vor der Bonner Presse:*

„[...] Lassen Sie mich zunächst folgendes voranstellen. Die offiziellen Verhandlungen, aber auch die Gespräche, die wir miteinander gehabt haben, waren auf beiden Seiten noch von den Erinnerungen und Leiden durchzittert, die der vergangene Krieg sowohl über Sowjetrußland als auch über uns gebracht hat. Die Sowjetunion misst uns Deutschen die Schuld zu. Wir mussten der sowjetischen Delegation sagen, dass auch andere Länder, darunter auch Sowjetrußland, daran schuld gewesen seien, dass Hitler diese Macht bekommen habe. Die Auseinandersetzungen, die wir darüber gehabt haben, möchte ich Ihnen nicht in extenso ausbreiten. Es genügt – insbesondere, da Sie ja die Reden kennen, die gehalten worden sind –, wenn ich hervorhebe, dass es eine Konferenz war, nicht wie andere internationale Konferenzen, bei denen etwa unter sachlich verschiedenen Gesichtspunkten Dinge erörtert werden und die Meinung von dem einen oder anderen sachlich dargelegt wird, sondern, dass dieses Leidenschaftliche, dieser Groll, diese Gegensätze, wie ich sie eben geschildert habe, dabei eine außerordentlich starke Rolle gespielt haben. Es war aber gut, dass sowohl die Russen als auch wir über diese Dinge gesprochen haben. Denn Sie wissen, es geht im Leben doch immer so: Unausgesprochene Gegensätze, unausgesprochene Dinge sind damit nicht aus der Welt zu schaffen. Viel eher schafft man sie aus der Welt, indem man darüber spricht und zwar in aller Offenheit und manchmal auch mit Erregtheit und Temperament. Das ist geschehen, und ich glaube, dadurch sind die Ereignisse der Moskauer Konferenz nicht ungünstig beeinflusst worden, so widerspruchsvoll das vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag. Natürlich hatten diese Gegensätze zur Folge, dass das Ergebnis der Moskauer Konferenz eigentlich bis zum letzten Tage völlig ungewiss war. Wir waren wiederholt nicht nur darauf gefasst, sondern unsererseits vollkommen entschlossen, unverrichteter Dinge von Moskau zurückzufahren. [...]

Nun zum Problem der Gefangenen. Die Vertreter Sowjetrußlands zeigten sich zunächst von unserer Forderung auf Freilassung der zurückbehaltenen Deutschen wenig beeindruckt. Eines möchte ich sehr nachdrücklich betonen: Auch der Politiker darf nicht sagen, bei großen Entscheidungen spielten schließlich 10.000 oder 100.000 Menschenleben keine Rolle; das würde, glaube ich, nicht richtig gehandelt sein. So hat uns bei allen Verhandlungen und bei den internen Aussprachen, die wir im Sonderzug hatten, immer der Gedanke bewegt, manchmal drückend bewegt: Was wird werden, wenn wir ohne eine Verständigung auseinandergehen, wenn niemand von den Gefangenen der Heimat und seinen Angehörigen zurückgegeben wird? Das war für uns ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt.

Eben habe ich schon gesagt, dass die Russen aus einem vielleicht berechtigten Prestigegefühl die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht an Bedingungen geknüpft wissen wollten, weil sie sagen: Man nimmt diplomatische Beziehungen miteinander auf, auch wenn man sonst Gegensätze hat. Die Herren sagten wiederholt: Wir haben diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern, mit denen wir sehr schwere Gegensätze haben. Aber unsererseits mussten wir dann doch versuchen, gleichzeitig eine Erfüllung unserer uns so

dringend am Herzen liegenden Wünsche – die Freigabe aller dieser Menschen – zu erreichen. Das ist dann dadurch geschehen, dass sowohl Bulganin wie Chruschtschow vor den versammelten Delegationen ihr Ehrenwort gegeben haben, dass die Gefangenen – sie nannten sie die Verurteilten – sofort freigegeben würden. Später versicherte mir Bulganin auf meine Frage noch einmal wörtlich: Wir fangen mit unseren Vorbereitungen dazu an, ehe Sie Bonn auf Ihrem Rückflug erreicht haben. [...]"

Bulletin der Bundesregierung, 20. September 1955.

Literatur:

Borchard, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf 2000.

Keil, Rolf-Dietrich: Mit Adenauer in Moskau. Erinnerungen eines Dolmetschers, Bonn 1997.

## *Der Geist der neuen Streitkräfte wird nicht durch Führer geformt ...* (Bundeswehr)

Ansprache vor der ersten Einheit der Bundeswehr in Andernach, 20. Januar 1956

*Seit dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 steht international wie innenpolitisch das Ob und Wie eines deutschen Verteidigungsbeitrages im westlichen Bündnis zur Debatte. Im Oktober 1950 überträgt Adenauer dem christlichen Gewerkschafter Theo Blank als persönlichem "Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" die Koordination der Planungen. Die neue "Bundeswehr" soll nicht mehr einen "Staat im Staate" bilden, wie die Reichswehr der Weimarer Republik, sondern in das demokratische Staatsgefüge eingebunden werden, wofür Wolf Graf Baudissin als Leiter der Unterabteilung "Innere Führung" den Begriff "Staatsbürger in Uniform" prägt. Im Januar 1956 werden in Andernach (Heer), Nörvenich (Luftwaffe) und Wilhelmshaven (Marine) die ersten Einheiten in Dienst gestellt.*

„Soldaten der neuen Streitkräfte! Es ist mir eine Freude, am heutigen Tage zu Ihnen zu sprechen [...] Einziges Ziel der deutschen Wiederbewaffnung ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Wir werden dieses Ziel erreicht haben, wenn die gemeinsame potentielle Abwehrkraft der Verbündeten zu jedem Zeitpunkt ein zu großes Risiko für jeden möglichen Angreifer bedeutet. In einer solchen militärischen Stärke, die lediglich für unsere Verteidigung ausreicht, kann niemand eine Bedrohung erblicken [...]

Die wachsame Bewahrung der Freiheit ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger. Sie beginnt bereits im persönlichen Bereich und muss unser gesamtes staatliches Leben durchziehen. Denn auch von innen her ist die Freiheit stets durch mancherlei Gegenkräfte bedroht. Moralische und soziale Bemühungen müssen mit dem militärischen Verteidigungsbeitrag Hand in Hand gehen.

Ihnen als Soldaten ist der Schutz dieser Lebensordnung gegen Angriffe von außen her aufgegeben. Dieser Auftrag ist Ihnen vom Parlament und Regierung namens des Volkes gestellt. Sie werden Ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn Sie vom Vertrauen des Volkes getragen sind. Die Einordnung von Streitkräften in das Staatsgefüge nach mehr als zehnjähriger Unterbrechung ist eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie, die den guten Willen und die Bereitschaft aller positiven Kräfte erfordert [...]

Die Jüngeren von Ihnen, die zum ersten Male in einer solchen Gemeinschaft dienen, müssen sich stets vor Augen halten, dass der Geist der neuen Streitkräfte nicht nur durch die Führer, sondern auch durch die Geführten geformt wird. Ohne einen entsprechenden Widerhall müssten die Bemühungen der Vorgesetzten ergebnislos bleiben. Es wird von Ihnen abhängen, mit welcher Einstellung künftige Rekruten in die Kaserne einziehen und welche Atmosphäre sie dort erwartet. Auch im täglichen Dienst sollen Sie sich ihrer Bedeutung bewusst sein. Das Prinzip der Arbeitsteilung, das durch die fortschreitende Technisierung in einer modernen Armee herrschen muss, kennt nur Aufgabenbereiche verschiedenen Umfangs, nicht aber Unterschiede in dem Grad der persönlichen Verantwortung.

Soldaten! Sie stehen vor einer Aufgabe, die durch manche Schatten der Vergangenheit und Probleme der Gegenwart besonders schwierig ist. Die zeitliche Lücke von zehn Jahren bedeutet zugleich die einmalige Möglichkeit zu neuem Beginn, wie auch die Verpflichtung, in unermüdlicher Arbeit Versäumtes nachzuholen. Das deutsche Volk erwartet von Ihnen, dass Sie in treuer Pflichterfüllung Ihre ganze Kraft einsetzen für das über allen stehende Ziel, in Gemeinschaft mit unseren Verbündeten den Frieden zu sichern. [...]"

Quelle: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, S. 314-316.

### Literatur:

Tuschhoff, Christian: Die Grundsteinlegung deutscher Sicherheitspolitik, 1949-1955, Münster 1994.

*Darum glaube ich, dass der Staat die Verpflichtung hat, der Familie zu helfen ...*

(Familienpolitik)

Ansprache auf einer Kundgebung deutscher Familienverbände in Köln am 25. April 1958

*Die Familie nimmt in der Programmatik der CDU einen hohen Stellenwert ein. Sie ist "die Grundlage der sozialen Lebensordnung", heißt es in den Kölner Leitsätzen von 1945. Nach Bewältigung der dringlichsten Aufgaben staatlicher Organisation in der ersten Legislaturperiode setzt die zweite Regierung Adenauer nach der Bundestagswahl 1953 mit der Bildung eines Familienministeriums, der Einführung des Kindergeldes und der Förderung des familiengerechten Wohnungsbaus familienpolitisch Zeichen. Gleichzeitig führt steigende Erwerbstätigkeit in Verbindung mit steigendem Wohlstand zu Veränderungen der Familienstruktur. Dies klingt in der folgenden Ansprache Adenauers an.*

„[...] Ich möchte nicht in meiner Eigenschaft als Bundeskanzler und Politiker allein zu Ihnen sprechen, sondern ich möchte auch zu Ihnen sprechen als Vater von sieben noch lebenden Kindern, und ich habe 18 Enkel [...]

Die Eltern sind die ersten und die maßgebendsten Erzieher ihrer Kinder. Sie haben das eben gehört, und ich glaube, jeder, der mit offenen Augen im Leben steht, wird bestätigen, dass das, was in den ersten Jahren in die Kinder hineingelegt wird, fortwirkt, sehr häufig fortwirkt im Guten, aber auch im Schlechten für ihr ganzes Leben. Darum glaube ich, dass gerade auch der Staat die Verpflichtung hat, der Familie zu helfen, damit sie ein gutes familiengerechtes Leben führen kann. Wir sind erst am Anfang, und ich weiß genau, dass wir weit zurückstehen hinter dem, was in anderen Ländern, in anderen Staaten, in anderen Völkern für die Familie getan wird. Wir haben dafür nur eine Entschuldigung, nämlich die, dass das deutsche Volk wohl mehr als ein anderes Volk auch alle seine Kriegsschäden beseitigen musste, ehe es an die Erfüllung einer so wichtigen Aufgabe herangehen konnte.

Was wir jetzt tun, muss ein Anfang sein, dem eine weitere Entwicklung und eine Fortsetzung folgen muss. Auch ich bin der Auffassung, dass das Geld, das man für diese Zwecke ausgibt, ein Kapital ist, das reiche, reiche Zinsen trägt, nicht nur in geistiger, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn auch wirtschaftlich kann ein Volk auf die Dauer nichts leisten, wenn nicht die ethische Grundlage jeder Arbeit ihm immer klar vor Augen schwebt.

Nun steigt vor uns ein neues Problem auf, das zum Segen der Familie werden, aber auch vielleicht die Familie noch mehr auseinanderreißen kann, das ist das Freizeitproblem. Wenn die Freizeit wirklich so benützt wird, wie sie benutzt werden sollte, d.h. um die Verbundenheit mit der Familie zu pflegen, dann ist sie ein großes Geschenk für uns alle. Aber wenn die Freizeit dazu benutzt wird – um mit meinem Herrn Vorredner zu sprechen –, auf das Sonntagskarussell zu gehen, dann kann sie zum Fluch für uns werden.

Hier liegt eine große Aufgabe vor uns. Diese Aufgabe kann niemals der Staat allein erfüllen. Diese Aufgabe kann nur dann erfüllt werden, wenn freiwillige Organisationen mithelfen, wenn die Kirchen mithelfen, wenn jeder an seiner Stelle seine Pflicht tut, um die gegebenen Probleme zu lösen. Der Staat kann und muss die Grundlage geben, aber das Haus, das darauf aufgebaut werden muss, das muss die freiwillige Mitarbeit aller Gutgesinnten uns schenken.“

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 29. April 1958.*

Literatur:

Münch, Ursula: Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit, Freiburg/Br. 1990.

*Ja, meine Damen, ich spreche ganz offenherzig ...*  
(Frauenpolitik)

Aus einem Gespräch mit den Vorsitzenden der deutschen Frauenverbände, 3. Februar 1961

*Auf dem ersten CDU-Parteitag in der britischen Zone im August 1947 bemängelt der Parteivorsitzende Adenauer, dass nur wenige Kreisverbände Frauen als Delegierte entsandt hätten: "Wir Männer müssen uns an den Gedanken gewöhnen und uns damit vertraut machen, dass die Frau ein ganz wesentliches Wort in der Politik mitzusprechen hat." In den Kabinetten des Kanzlers allerdings bleiben die Männer vorerst unter sich, bis Elisabeth Schwarzhaupt nach der Bundestagswahl 1961 als Ministerin für das Gesundheitswesen in politische Verantwortung berufen wird. „Frauen in politischer Verantwortung“ lautet eines der Themen im Gespräch Adenauers mit den Vorsitzenden der deutschen Frauenverbände.*

„Meine sehr verehrten Damen, ich heiße Sie hier herzlich willkommen. Ehe ich zu Ihnen kam, ist mir gesagt worden, ich möchte sagen, dass dieses Gespräch, das wir nun haben, nicht wegen der Wahlen gemacht werde. Meine Damen, ich schätze Sie so klug ein, dass Sie mir das doch nicht glauben würden, und deshalb sage ich ganz offen, es ist natürlich wegen der Wahlen. Das ist doch ganz selbstverständlich!

Meine verehrten Damen, ich möchte die Fragen in der Reihenfolge beantworten, wie sie hier gestellt wurden. Ich beginne damit: Frauen gleichberechtigt als Minister und Staatssekretäre in den Ministerien. Ich vertrete seit Jahren absolut den Standpunkt, diese Frage mit ja zu beantworten, und ich würde es sehr begrüßen, wenn im Kabinett eine Frau wäre. Aber wie kommt ein Kabinett zustande? Ich möchte Ihnen doch einmal so aus dem Nähkästchen erzählen, wie das zugeht – nicht etwa nur bei der CDU/CSU, das würde auch bei jeder anderen Partei dasselbe sein.

[...] Einen Wahlkampf zu führen ist ein Vergnügen, das tue ich gern noch mal, aber ein Kabinett zu bilden, das ist etwas Furchtbares, dabei kommt dann der Drang und der Druck der stärksten Ellenbogen. In einem gebe ich Ihnen da ohne weiteres Recht, meine sehr verehrten Damen: Auch ich beobachte mit Bedauern, dass im allgemeinen der Mann die Frau nicht als gleichberechtigt im öffentlichen Dienst anerkennen will, weil er in ihr eine Konkurrenz sieht. So ist es auch in den Fraktionen. Wenn ich Ihnen jetzt sagte, falls ich wieder Bundeskanzler werden würde, würde ich eine Frau als Minister nehmen, dann sage ich Ihnen dazu ganz offen, derartige Erwägungen habe ich schon gehabt, auch für ein neues Kabinett. Aber wie sich das dann alles gestalten wird, kann jetzt keiner sagen. Ich vertrete aber den Standpunkt, dass der Einfluss einer Frau bei den Kabinettsitzungen, auch auf Gebieten, die nicht unmittelbar aus dem Bereich des betreffenden Ministeriums herrühren, sehr wünschenswert ist. Die Frau sieht manche Dinge eben anders als der Mann; damit sage ich gar nicht, dass der Mann sie richtiger ansieht. Die Frau sieht in einer Frage eben noch andere Facetten, die da sind, und vielleicht ist ihr Gesamturteil noch besser als das des Mannes. Denn der Mann neigt zur Einseitigkeit, neigt dazu, das, was gerade in sein Ressort fällt, als das allein Wichtige anzusehen.“

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

## *Was Unfreiheit nicht schafft und was Freiheit schafft ...* (Sozialer Wohnungsbau)

Ansprache in Bensberg anlässlich des Richtfestes der sechsmillionsten Wohnung, 1. September 1961

*Die fünfziger und sechziger Jahre sind durch eine enorme Bautätigkeit gekennzeichnet. Seit 1953 werden jährlich über eine halbe Million Wohnungen gebaut bzw. wiederhergestellt. Der Schaffung von Wohneigentum messen Adenauer und Wohnungsbauminister Paul Lücke besondere Bedeutung bei. Sie sind sich darin einig, dass Wohneigentum sozial integrierend und politisch mäßigend wirkt und zum Erhalt der Familie als Kern der Gesellschaft beiträgt. Zugleich demonstriert die rege Bautätigkeit im Westen Deutschlands augenfällig die Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft.*

„Meine Damen, meine Herren, meine lieben Kinder! Ich sage ausdrücklich meine lieben Kinder, da gerade die Kinder die Früchte dieser Arbeit einmal ernten werden. Sechs Millionen Wohnungen – das ist so leicht gesagt – meine verehrten Damen und Herren, aber welche Fülle von Arbeit, das, meine Damen und Herren, können wir nur ahnen, wir können es nicht schätzen.

Herr Kollege Lücke hat eben von Köln gesprochen und hat gesprochen von meiner kommunalen Vergangenheit. Nun, Sie wissen alle wahrscheinlich, dass ich an diese kommunale Vergangenheit noch immer mit großer Freude zurückdenke. Und heute, da wir hier dieses Fest begehen – es ist in Wahrheit ein Fest, meine Damen und Herren – kann ich vielleicht Ihnen etwas sagen, was meine Absicht war, als ich noch Oberbürgermeister von Köln war. Ich hoffe, die Bensberger nehmen es mir nicht übel! Ich wollte damals Bensberg eingemeinden, meine Damen und Herren. Ich wollte Bensberg eingemeinden nach Köln, und ich wollte die alten Häuser in Köln alle abreißen und ich wollte die Einwohnerschaft alle hier herausverlegen in Siedlungen, in große Siedlungen, vielleicht so ähnlich wie sie jetzt hier erstanden ist. [...] Die Erfahrung habe ich ja gemacht in meiner kommunalen Tätigkeit, dass – und darauf schwöre ich noch immer – die Frage des Wohnungsbaus eine entscheidende Frage ist, um den Menschen das Leben lebensfähig zu gestalten. Und das ist auch immer meine Auffassung geblieben und wird immer meine Auffassung bleiben. [...]

Meine Damen und meine Herren! Ich war gestern in Niedersachsen, und mein Weg führte mich sehr nahe vorbei an der Zonengrenze. Und ich sah dort zwei Dörfer. Früher waren es einmal Nachbardörfer gewesen. Jetzt ging diese Zonengrenze mit Drahtverhau und Todesstreifen zwischen ihnen hindurch. Und in dem einem Dorfe, in dem Dorfe, das auf unserer Seite lag, da sah ich, meine Damen und Herren, neue Häuser und ich sah, wie in dem Dorfe alles in Ordnung war. Und in dem Dorfe jenseits dieser Grenze, die keine Grenze sein darf, jenseits dieser Grenze, sah man grau in grau. Kein einziges neues Haus, nicht mal geflickte Dächer. Ich kann nur sagen, das war der beste Ausdruck, den ich hier wiedergeben kann: Alles grau in grau. Und daraus bitte ich Sie, meine Damen und Herren, doch zu sehen, wie groß die persönliche Freiheit ist, die persönliche Freiheit, meine Damen und Herren, ist das größte Gut, das wir Menschen haben können. Ich will Ihnen noch ein anderes Beispiel erzählen: Vor einiger Zeit war der Botschafter eines neutralen Landes bei mir. Er war durch Ostberlin gegangen und durch Westberlin. Er war neu, hatte hier angetreten seine neue Aufgabe. Und er fragte mich eigentlich etwas sehr offen: "Herr Bundeskanzler, ist es denn nun wirklich wahr, dass allein die Art der staatlichen Führung so etwas fertig bringt? Wenn ich auf der einen Seite sehe, wie es im Ostsektor von Berlin ist und auf der anderen Seite, wie es im Westsektor ist." Und ich habe ihm gesagt: "Im Ostsektor wohnen Deutsche, wie wir es sind, mit denselben Veranlagungen, mit demselben Können, mit demselben Arbeitseifer, mit demselben Fleiß. Aber ihnen sind Fesseln angelegt durch die staatliche Führung." Und das habe ich ihm gesagt, das ist Unfreiheit und Freiheit, die können Sie da so deutlich sehen, diese Gegensätze, was Unfreiheit nicht schafft und was Freiheit schafft. Und für die Freiheit, meine Damen und Herren, wollen wir einstehen, solange wir können, und wir

können das immer, weil wir doch an unserem eigenen Lande sehen, dass die Freiheit die Voraussetzung für alles Gedeihen menschlicher Arbeit und menschlichen Strebens ist.

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

Literatur:

Schulz, Günther: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994.

## **Die Sozialausschüsse haben tatkräftig mitgeholfen, um die Arbeiterschaft voranzubringen ...**

(Die Sozialausschüsse, Eigentumspolitik)

Ansprache auf der 9. Bundestagung der Sozialausschüsse (CDA) am 26. Februar 1961 in Königswinter

*Es ist eine Besonderheit der CDU, dass die gesellschaftlichen Interessen, für die sie steht, nicht so sehr durch ihre Programme als durch ihre Vereinigungen repräsentiert werden. Die in den Sozialausschüssen organisierte christliche Arbeiterschaft hat die Gründung und den Aufbau der Union entscheidend mitgeprägt.*

„[...] Meine Freunde, die Sozialausschüsse haben sehr tatkräftig mitgeholfen, um den Aufstieg der Arbeiterschaft in die Mittelschicht unseres Volkes weiterzutreiben und voranzubringen, und das ist ja in der Tat gerade in unserer Zeit des technischen Fortschritts ein Anliegen, das uns allen zutiefst am Herzen liegt, das mir als Vorsitzendem der CDU so besonders am Herzen liegt, weil ich mir ganz klar darüber bin, dass ohne die Stimmen eines großen Teils der Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik wir die politischen und wirtschaftlichen Erfolge, die wir erreicht haben, nicht hätten erreichen können. *(Starker anhaltender Beifall.)* Und, meine Freunde, wir können nicht einmal den gegenwärtigen Stand erhalten, geschweige denn weiterkommen, wenn der Partei nicht das Vertrauen breiter Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft in der kommenden und in den späteren Bundestagswahlen erhalten bleibt. *(Starker Beifall.)* [...]“

Nun, meine Freunde, haben die Sozialausschüsse in ihrem gesellschaftlichen Programm neben die Frage der sozialen Sicherung die Frage des Eigentumserwerbs gestellt. Durch zahlreiche Maßnahmen, die der Bund im Laufe der Jahre, unter Führung zuletzt unseres Freundes Blank, getroffen hat, ist die Sicherung gegen die schlimmsten Wechselfälle des Lebens einigermaßen gegeben. Sicher ist das Werk noch nicht fertig; es muss ausgefeilt, und es muss fortgesetzt werden. Aber ich stimme auch mit den Sozialausschüssen darin überein, dass die Frage des Erwerbs von Eigentum durch möglichst breite Schichten der Bevölkerung eine ganz wesentliche Frage für den Fortbestand unseres freien und demokratischen Staates ist. *(Starker Beifall.)* Ich sage das nicht, meine Freunde, weil ich der Auffassung sei, dass durch möglichst zahlreichen Erwerb von Eigentum der Wohlstand gefördert wird. Sicher wird er auch dadurch gefördert; aber das ist weder Ihnen noch mir die Hauptsache. Die Hauptsache ist, dass der Besitz, und insbesondere auch der Besitz eines Eigenheims, den Menschen eine gewisse Sicherheit gibt, um auch seine Persönlichkeit zu entfalten, um auch teilnehmen zu können an den Fortschritten unserer Kultur, der echten Kultur in unserer Zeit. Darum halte ich diese, Ihre These – dass in möglichst umfangreichem Maße Besitz für eine breite Schicht der Bevölkerung geschaffen werden müsse – für eine staatspolitische Aufgabe allerersten Ranges. *(Starker Beifall.)*“

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

Dietrich, Yorck: Vom Miteigentum zur Vermögenspolitik. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Entstehung der vermögenspolitischen Gesetzgebung des Bundes 1950-1961, Bonn 1994.

## *Der Mittelstand - bester Schutzdamm gegen eine Vermassung unseres Volkes ...*

(Mittelstandspolitik)

Auszug aus einer Rede auf dem 7. Rheinischen Mittelstandstag der CDU, Düsseldorf 23. Juni 1958

*Schon Anfang der fünfziger Jahre beklagt Adenauer mehrfach im CDU-Vorstand, dass sich die Union zu wenig um den Mittelstand kümmere. Das Thema gewinnt rasch an Aktualität, als sich mit dem Modernisierungsschub in den Fünfzigern eine industrielle Mittelstandsgesellschaft bildet. Anfang 1951 gründen sich im Rheinland und Westfalen-Lippe die ersten selbständigen CDU-Mittelstandsausschüsse auf Landesebene. Auf dem 6. Bundesparteitag 1956 in Stuttgart konstituiert sich der "Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU" (seit 1969 "Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU").*

„ [...] Der Mittelstand ist nach meiner Meinung der beste Schutzdamm gegen eine Vermassung unseres Volkes. Die Vermassung unseres Volkes ist eine drohende, nicht ernst genug zu nehmende Gefahr, darüber müssen wir uns klar sein. Der technische Fortschritt bringt es mit sich, dass gewisse Zweige unserer Wirtschaft nur in Großbetrieben gedeihen können. Aber wovor wir warnen müssen und wogegen wir uns stemmen müssen, das ist die Meinung und die Behauptung, dass die gesamte Wirtschaft lediglich in Großbetrieben gedeihen könne. Das ist nicht wahr, meine Damen und Herren!

Wenn ich mir ein Land vorstelle, das nur Großwirtschaft hat, eine kleine Anzahl von Managern, eine ungeheure Zahl von unselbständigen Arbeitnehmern und dabei vielleicht auch noch die Alleinherrschaft der Gewerkschaften, dann fehlt nur noch die Kolchose, dann haben wir den kompletten kommunistischen Staat. Eine solche letzten Endes doch vom Staate, von der staatlichen Bürokratie, oder, wie es bei uns versucht wird, von einer Gewerkschaftsbürokratie gelenkte Wirtschaft wird auf die Dauer niemals Erfolge haben und wird auf die Dauer mit der freien Wirtschaft in freien Völkern niemals konkurrieren können. [...]"

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998.*

## Kommunale Selbstverwaltung

### **Die kommunale Selbstverwaltung: Grundlage einer gesunden Demokratie ...**

Ansprache vor der Landkreis-Versammlung 1960 in Bonn, 30. Juni 1960

*Als Beigeordneter (1906-1917) und Oberbürgermeister (1917-1933) der Rheinmetropole Köln hat Konrad Adenauer eine praxisnahe Schule der Politik durchlaufen, auf deren Bedeutung für die Demokratie er als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland immer wieder hinweist.*

„Herr Bundespräsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich bin gern Ihrer Einladung gefolgt, an einer Versammlung der Landkreise teilzunehmen [...] Lassen Sie mich an der Spitze meiner Ausführungen Ihnen noch einmal erklären, dass ich wie von jeher in der kommunalen Selbstverwaltung die sicherste Grundlage einer gesunden Demokratie erblicke. Meine Überzeugung, die ich von jeher hatte, hat sich immer mehr gefestigt, dass auch die Parlamente möglichst viele Mitglieder haben sollten, die durch diese ausgezeichnete praktische Schule der Selbstverwaltung gegangen sind; das ist das Heilsamste. Sie wissen, dass ich lange Jahre Kommunalbeamter war, was mich befähigt, um mit der Theorie fertig zu werden und die Praxis auch zu Wort kommen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Die Tätigkeit in der Selbstverwaltung lehrt noch etwas anderes. Sie lehrt – das ergibt sich auch aus der Natur der Dinge –, dass man auch nicht im Besitz der alleinigen Verantwortung ist, sondern dass auch der politische Gegner unter Umständen einmal Recht haben kann. (*Heiterkeit und Beifall.*) [...]

Aber die staatspolitische Bedeutung einer gesunden Selbstverwaltung wird immer stärker, je mehr der demokratische Parlamentarismus arbeitet, und deswegen – ich darf jetzt nicht nur als Bundeskanzler sprechen, sondern auch ein Wort hier einfließen lassen, ein sehr vorsichtiges Wort – lege ich auch als Vorsitzender meiner Partei größten Wert darauf, dass diejenigen, die in die größere Politik gehen wollen, zuerst einmal anfangen sollen bei der kleinen, d.h. bei der kommunalen Selbstverwaltung.“

*Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 2. Juli 1960.*

## *Ich werde in Ihre Reihen zurückkehren ...*

(Abschied aus dem Kanzleramt)

Ansprache des aus dem Amt scheidenden Kanzlers auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1963

*Am 5. Januar 1963 feiert Adenauer seinen 87. Geburtstag. Heinrich Krone, der den Kanzler seit 1949 als Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender und Minister begleitet, notiert am Abend des Tages: "Frisch, gewandt, humorvoll, ohne ein Zeichen der Schwäche. Kein Wunder, dass er nicht gehen will ...". Der Abschied aber kommt. Adenauer gilt als "Kanzler auf Abruf", seit er am Tag der Kanzlerwahl 1961 nach langwierigen Verhandlungen mit der FDP, die nur ohne Adenauer eine weitere Koalition eingehen will, Krone zugesagt hat, so rechtzeitig zurückzutreten, dass sein Nachfolger sich einarbeiten und erfolgreich den Wahlkampf 1965 führen kann. Am 15. Oktober 1963 ist es soweit. In seiner Abschiedsrede gibt sich Adenauer staatsmännisch, gelassen und heiter.*

„Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Ihnen, Herr Bundestagspräsident, von Herzen dankbar für Ihre Worte, und ich bin Ihnen, meine verehrten Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, von Herzen dankbar dafür, dass Sie die Schlussworte des Herrn Bundestagspräsidenten in dieser markanten Weise durch ihr Aufstehen gutgeheißen und unterstrichen haben.

Wenn ich am heutigen Tage zu Ihnen spreche, dann bin auch ich von Dank erfüllt, von Dank für das deutsche Volk. Sicher, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir an das Jahr 1949 zurückdenken, wenn wir von den Trümmerfeldern hören, von denen der Herr Präsident soeben gesprochen hat, dann wollen wir auch den Blick noch hinausgehen lassen über die Grenzen unseres Landes und wollen daran denken, wie der deutsche Name damals in der Welt gewertet wurde und wie es heute anders geworden ist. Wenn wir vieles, nicht alles, wiederaufgebaut haben und wenn der deutsche Name im Ausland wieder seinen Klang hat, dann, meine Damen und Herren, wäre das nicht möglich gewesen ohne das deutsche Volk selbst. *(Beifall im ganzen Haus.)*

Es ist wahr, meine Damen und Herren: Jedes Volk bedarf einer Staatsform und bedarf auch innerhalb dieser Staatsform einer gewissen Lenkung. Aber wir sind uns doch gerade in diesen Zeiten der Not, die hinter uns liegen, darüber klar geworden, dass ohne das Mitgehen des Volkes, ohne dass das Volk mit handelt, ohne dass das Volk mit die Last auf sich nimmt, ohne dass das Volk sich müht weiterzukommen, der Erfolg für jedes Parlament und für jede Regierung versagt bleibt.

Und darum bin ich stolz auf das deutsche Volk – ich darf das wohl auch mit dem Blick über unsere Grenze hinaus sagen –: ich bin stolz auf das, was das deutsche Volk in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit geleistet hat. Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund der freien Nationen und sind im Bund der freien Nationen ein willkommenes Mitglied geworden. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Es ist wahr, Herr Präsident, wir haben nicht alles erreicht. Ich würde sogar noch weitergehen und würde sagen: Wir haben vieles noch nicht erreicht. Wir müssen uns doch immer klar bleiben darüber, dass das ständig flutende Leben immer neue Aspekte gibt, immer neue Forderungen hervorruft, aber auch dem Menschen immer neue Lasten auferlegt. Deswegen muss man Tag für Tag daran denken, bemüht zu sein, dem Volke in seiner Allgemeinheit zu helfen weiterzukommen, aber auch die Last, die der moderne Fortschritt auf den Menschen legt, zu erleichtern.

Lassen Sie mich einige Worte sagen über unser Verhältnis zum Ausland. Der Herr Präsident hat es schon gekennzeichnet, und ich möchte es wiederholen: Wir haben die Wiedervereinigung noch nicht erreicht, obgleich ich glaube, dass wir am Horizont

Möglichkeiten einer Wiedervereinigung kommen sehen, wenn wir achtsam und vorsichtig und geduldig sind, bis der Tag gekommen ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Tag einmal da sein wird. Denn man kann einem Volke wie dem deutschen Volke nicht widersprechen und man kann ihm keinen Widerstand leisten, wenn es in Frieden seine Einheit wiederherstellen will. *(Beifall bei den Regierungsparteien und bei der SPD.)* Aber, meine Damen und Herren, seien wir uns auch darüber klar, dass die Bundesrepublik heute ein wertvolleres Land für den Gegner vom Osten ist als vor zwanzig Jahren dank unseres wirtschaftlichen Emporsteigens, dank auch der ganzen Kraft, die das deutsche Volk durch den Wiederaufbau gezeigt hat.

Und über eines seien wir uns klar: Mehr denn je zuvor ist Deutschland ein Angelpunkt der weltpolitischen Spannungen, die über die Kontinente hinweggehen. Daher dürfen wir nicht etwa glauben, diese unsere Last der Trennung werde von uns genommen werden, ohne dass gleichzeitig die Last der Spannungen auch von den anderen Völkern genommen wird. Das erfordert von uns um so größere Achtsamkeit, um so größere Sorge und um so größere Geduld.

Vergessen wir doch nicht, meine Damen und Herren, was Herr Präsident Gerstenmaier soeben gesagt hat: Eine Lösung der deutschen Frage ist nicht möglich allein zwischen uns und dem Gegner, der uns bedrückt; eine Lösung dieser Frage ist nur möglich mit Hilfe unserer Freunde. Und wir danken Gott, dass wir wieder Freunde in der Welt gefunden haben. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei den Abgeordneten der FDP und der SPD.)*

Wenn Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren, wir hätten diese Freunde nicht wieder gefunden; was wäre in der Zwischenzeit aus Deutschland geworden oder was würde jetzt aus Deutschland! Gerade diese Freundschaft in Europa, außerhalb Europas, mit den Vereinigten Staaten, mit allen freien Völkern der Welt gibt uns erst ein Recht, mit Sicherheit zu erwarten, dass eines Tages auch die Wiedervereinigung in Freiheit erfolgen wird. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei den Abgeordneten der FDP.)*

Meine Damen und Herren, es sind für mich bewegte Tage, und ich möchte danken. Ich möchte Ihnen danken, Herr Präsident, für Ihre Worte; ich möchte denjenigen Mitgliedern dieses Hauses, die mit mir gearbeitet haben, dafür danken, dass sie die ganzen 14 Jahre hindurch mit mir gearbeitet haben, und ich möchte auch der Opposition dafür danken, dass sie da war und die Pflicht einer parlamentarischen Opposition erfüllt hat. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Diese Opposition in parlamentarisch regierten Staaten, diese Pflicht der Opposition ist notwendig für das Parlament, für das Volk und für dessen Regierung.

Wir brauchen alle eine Kontrolle, eine Kontrolle, ob wir auf dem richtigen Wege sind. Und es ist wirklich nicht so – das darf ich in diesem Augenblick sagen –, als ob ich allen und jeden Satz, der von der linken Seite des Hauses gekommen ist, ohne weiteres beiseite geschoben hätte. *(Heiterkeit.)*

Keineswegs, meine Damen und Herren! Erstens ist das Dasein der Opposition prophylaktisch. *(Heiterkeit.)* Dieses prophylaktische Wirken der Opposition wird leider in der Öffentlichkeit zu wenig veranschlagt. Aber es ist da. Das Vorhandensein einer Opposition äußert sich nicht nur in Zeitungsartikeln oder etwa in Reden hier im Parlament, sondern jeder Regierungschef, der ein Volk führen will, muss sowohl darauf achten, dass er eine Mehrheit hat, wie auch darauf, dass er eine Opposition hat. *(Heiterkeit.)*

Meine verehrten Damen und Herren, es wird in diesen Tagen so viel vom konstruktiven Misstrauensvotum gesprochen. Dieses konstruktive Misstrauen ist allerdings eine der wertvollsten Errungenschaften unseres Grundgesetzes. Es ist nicht jedem von uns bekannt, dass das Wort von den Richtlinien der Politik – wer sie bestimmt – wörtlich aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben ist. Aber nicht aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben ist das Wort über das konstruktive Misstrauen. Die Kollegen, die mit mir zusammen im

Parlamentarischen Rat tätig gewesen sind, möchte ich hier besonders bitten, daran zu denken, dass sich unser so früh verstorbener Kollege Katz gerade um das konstruktive Misstrauen besonders bemüht hat.

Gerade für ein geschlagenes Volk, wie wir es waren, nach einem Krieg, der von Deutschen vom Zaun gebrochen war, ist die Stetigkeit in der Politik eine Grundbedingung. Nichts, meine Damen und Herren, ist dem Ansehen eines Volkes und namentlich unserem Volke nach alledem, was hinter uns liegt, abträglicher als der Ruf der Unstetigkeit. Die Stetigkeit in der Politik ist die Voraussetzung für das Ansehen eines Volkes. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*

Ein gut Teil des Erfolges ist auch darauf zurückzuführen, dass die Opposition milder geworden ist *(Heiterkeit)* – auch das, meine Damen und Herren, ist ein Erfolg des Parlaments – und dass sich die Parlamentsmehrheit auch daran gewöhnt hat, zuzuhören, wenn die Opposition spricht. *(Erneute Heiterkeit.)* Denn nur vom Sprechen und vom Zuhören kann etwas Gutes werden, nicht vom Sprechen allein; das Zuhören gehört dazu. *(Beifall.)*

Ich werde ja wieder in Ihre Reihen zurückkehren – da ist mein Platz –, und ich werde zuhören. Ich hoffe, wenig zu sprechen. *(Abg. Dr. Mommer: Na, na! – Heiterkeit.)* – Ja, meine Herren, wenn Sie mich auffordern *(erneute Heiterkeit)*, dann werde ich sprechen; hoffentlich gut sprechen. Meine Damen und Herren, man soll nicht zuviel sprechen. Wer immer spricht, dessen Wort wird wenig geachtet. *(Sehr gut! Bei der SPD.)* Man soll nur dann sprechen, wenn es absolut notwendig ist und wenn man glaubt, man müsste es tun.

Ich werde dort auf diesen Platz zurückkehren und bin dann von manchen Fesseln frei, die ich jetzt habe *(Heiterkeit)*, denn der Platz da oben fesselt auch, der gestattet einem nicht immer, freien Schrittes zu gehen und frei zu sprechen. Aber wenn ich zu Ihnen zurückkehre, dann – lassen Sie mich das wiederholen – werde ich mich befleißigen, gut zuzuhören.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich Ihnen nochmals danken, wie ich das zu Eingang meiner Ausführungen getan habe, Ihnen allen ausnahmslos, dem einen mehr und dem anderen weniger natürlich. *(Heiterkeit.)* Ich möchte Ihnen allen danken. Vor allem aber wollen wir unserem deutschen Volke dankbar sein. Ich sage bewusst und gewollt nicht: dem deutschen Volke, sondern: unserem deutschen Volke. *(Beifall auf allen Seiten des Hauses. – Die Abgeordneten erheben sich. Bundeskanzler Dr. Adenauer begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz.)*“

Quelle: 4. Deutscher Bundestag. Stenographisches Protokoll der 86. Sitzung, Dienstag den 15. Oktober 1963, S. 4165-4167. Auch bei Hans-Peter-Schwarz, Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, S. 453-456.

*Meine Herren, heute bin ich 91 Jahre alt geworden ...*  
(Der letzte Geburtstag. Rückblick und Mahnung)

Tischrede Adenauers an seinem letzten Geburtstag, 5. Januar 1967

*Ende 1966 erscheint Adenauers zweiter Memoirenband. Die Arbeit am dritten Band begleitet ihn bis zum Sterbebett. Letzte Reisen führen nach Israel (Mai 1966) und Spanien (Februar 1967). Als de Gaulle im Juli 1966 nach Bonn kommt, beschwört er ihn abermals, "alles daran zu setzen, um Europa zu schaffen". Lebhaft beschäftigt ihn der "politische Wirrwarr" in Bonn. Erhard ist gestürzt, Kurt Georg Kiesinger Kanzler einer großen Koalition. Seinen 91. Geburtstag beginnt Adenauer mit dem Besuch der HI. Messe. Mittags ein kleiner Empfang in der Godesberger Redoute, der sich zur fröhlichen Gratulationscour auswächst. Abends gibt das CDU-Präsidium ihm zu Ehren ein Essen im Bonner Hotel Königshof. In der Tischrede lässt Adenauer sein Leben Revue passieren. Er stirbt am 19. April.*

Verehrter Herr Bundeskanzler, meine lieben Parteifreunde, ich denke, ich kann Sie alle so nennen, denn, auch wenn der Vorsitzende der CSU hier ist, – wir gehören zusammen.

Meine Herren, heute bin ich 91 Jahre alt geworden. Und das erscheint manchmal eine furchtbar lange Zeit. Wenn ich so rückwärts blicke, ist es auch eine lange Zeit. Ich darf sie kurz, in einzelnen Bildern, die mir vor Augen schweben, kennzeichnen.

Als ich vier Jahre alt war, habe ich Wilhelm I. gesehen. Damals wurde der Dom, der Kölner Dom, vollendet; das war das große Dombaufest und die Staatsoberhäupter der verschiedenen Länder waren in Köln versammelt. Ich ging mit meinem Vater über die Straße, und da kam in einer Kalesche gefahren Wilhelm I. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was man unter einer Kalesche versteht; ein offener Wagen, zweisitzig, zwei Pferde davor. Er hatte einen Diener neben sich, und er fuhr daher, ungeschützt durch irgendwen, und mein Vater machte mich darauf aufmerksam: "Sieh mal da, das ist der Kaiser!" Das war einer meiner großen Eindrücke.

Dann, man wuchs heran – ich hatte zwei Brüder, die beide älter waren als ich. Mein Vater ist in der Schlacht von Königgrätz schwer verwundet worden, und wir haben zahlreiche politische Gespräche geführt, weniger wegen Königgrätz, aber wegen der Bismarck'schen Politik. Und der Gegensatz, der war: Mein Vater, der schwor, wenigstens zunächst, auf die Bismarck'sche Politik, weil sie das Reich gebracht hatte, und wir drei Jungens, wir waren empört über die Bismarck'sche Innenpolitik, weil sie gegen jede Freiheit war. Einmal wegen des Kulturkampfes – es wird sich keiner mehr heutzutage vorstellen können, was damals geschah und was ich aus dem Munde der Betreffenden selbst gehört habe, dass ein Geistlicher verkleidet, die Geistlichen in der Eifel, in den Scheunen die Messen lesen mussten. Und das Dorf wurde umstellt von Leuten aus dem Dorfe, die aufpassten, ob die Gendarmen kamen. Und das empörte uns Jungens bis ins Innerste. Und der zweite große Fehler – ich muss das hier sagen, so groß seine Außenpolitik gewesen ist –, das war dieses Sozialistengesetz. Ein Gesetz, meine Damen und Herren, das ich [*unverständliche Passage*] gesehen habe; es war eine Fotografie, wie die Sozialisten in Leipzig verhaftet wurden am Heiligen Abend und außer Landes gebracht. Ein Landesverweis ist nach meiner Meinung ungefähr das Schlimmste, was einem Menschen widerfahren kann, denn das geht gegen sein natürliches Recht, und ausgerechnet am Heiligen Abend so etwas zu tun. Damit fing die Verfolgung an. Und meine verehrten Damen und Herren, schließlich hat jedes Land die Sozialisten, die es verdient, und wenn – Sie wissen, dass ich kein Sozialist bin, ich will es auch nie werden – (*Zwischenrufe, Gelächter; Zwischenbemerkung Adenauers: Herr Präsident, hier sind Sie nicht immun! - Gelächter.*)

Also, diese beiden Vorgänge, meine Damen und Herren, einmal der Kulturkampf und zweitens das Sozialistengesetz, haben die deutsche Zukunft – ich weiß nicht, ob sich alle Menschen darüber klar sind – in entscheidender Weise beeinflusst. Dadurch ist das Zentrum gegründet worden. Das Zentrum war eine Partei zur Abwehr gegen den Staat in diesen

Gebieten, die frei sein sollten. Die Sozialistische Partei war eine Partei, die sich wehrte gegen den Staat in den Gebieten, die frei sein sollten. Und was war die Folge davon? Die Folge davon war, dass der Osten, meine Damen und Herren, mit seinen etwas anderen politischen Anschauungen in Preußen Deutschland regierte. Wäre nicht der Kulturkampf gewesen, wäre nicht ein derartiges Sozialistengesetz gekommen, dann hätte sich – erschrecken Sie nicht – im Westen eine große liberale Partei gebildet. Ich sage nicht national-liberale, an sich ist das Wort national und liberal ein schlechtes Wort, gerade so schlecht wie Freie Demokraten, meine Damen und Herren. Aber die Folge war weiter, dass dieses Land, Deutschland, das nach dem Kriege von 70/71 ein sehr mächtiges Land war, dass das eben regiert wurde vom Osten her, während es hätte regiert werden müssen vom Westen her.

Also, diese große liberale Partei ist nie da gewesen, und infolgedessen kam diese Parteibildung, wie wir sie alle kennen, und die schließlich, meine verehrten Damen und Herren, dazu führte, dass das Bismarck'sche Reich, sage und schreibe, von 71, wo es gegründet wurde, bis zu seinem Zusammenbruch im Jahre 1918 – bitte zählen Sie aus, wie viel Jahre das sind, dann werden Sie mir darin recht geben –, dass dieses Reich auf tönernen Füßen gegründet war. Und das muss man auch einmal sehen. Was hilft es mir, wenn ich einen Koloss errichte, der kein Fundament hat, und das haben wir getan. Das ist der Lauf der deutschen Geschichte, bis zum Jahre 14, wo dann dieser Krieg anfang, der Krieg, den wir verloren. Nachdem wir den Krieg gegen Dänemark, den Krieg gegen Österreich, den Krieg gegen Frankreich gewonnen hatten, verloren wir diesen Krieg des Jahres 1914 bis 18 und, was auch leider vergessen ist bei uns Deutschen, wir standen damals in der größten Gefahr, dass wir auseinandergerissen wurden.

Meine Damen und Herren, wenn Gott mir das Leben und die Kraft dazu gibt, werde ich über den Separatismus einiges zu sagen und einiges zu schreiben haben. Aber, es stand auf des Messers Schneide, dass das ganze linke Rheinufer abgeschnitten worden wäre. Glauben Sie's mir, meine Damen und Herren, dass es so ist, und, wenn ich dann von mir sprechen darf, ich hatte dem damaligen Obersten – oder war er General, das weiß ich nicht mehr, ein Engländer, der in Köln residierte –, dem hatte ich gesagt, Sie brauchen die Dorten'sche Bewegung nicht zu fürchten. Aber, meine Damen und Herren, ich hatte folgendes gemacht: Ich hatte, weil wir ja hier kein deutsches Militär mehr hatten, hatte ich die Turner und Sportler organisiert in Köln, vorbereitet, für sie dieses Stadion gebaut, das jetzt noch da steht, es war das erste in Deutschland. Und meine Freunde, die Organisation war so, dass wir binnen zwei Stunden 70.000 junge Leute auf den Beinen gehabt hätten, um sich zu wehren gegenüber den Separatisten.

Nun lassen Sie mich zurückgehen zu den Engländern. Er war uns wohlgesinnt, er ließ mich rufen und sagte mir: "Sie haben immer gesagt, es passiere nichts, jetzt hat Dorten in Aachen, in Koblenz, in Wiesbaden die Rheinische Republik ausgerufen. Was sollen wir tun?" Ich sagte ihm: "Sie haben dieses Land in einer bestimmten staatlichen Verfassung übernommen als Besatzungsmacht und Sie sind verpflichtet, in derselben staatlichen Verfassung es zurückzugeben." Er sagte mir darauf: "Das ist gut und wohl, aber ich habe von meiner Regierung die Weisung, keine Gewalt gegenüber den Dorten-Leuten zu gebrauchen." Und da, meine Damen und Herren, war einer der hellsten Augenblicke meines Lebens. Ich habe ihm gesagt: "Ich empfehle Ihnen folgendes zu tun. Sie sind Herr hier. Erlassen Sie sofort eine Ordonanz – wie hießen die Dinger –, durch die Sie jede Änderung der staatlichen Verhältnisse ohne Zustimmung der Besatzungsbehörden, die durch die Ortsbehörden denen zuzuleiten ist, verbieten." Und der Mann hatte die Einsicht, zu sagen: "Das werde ich sofort tun!" Und als ich ihn verließ – wir haben noch lange gesprochen –, klebten schon die ersten Plakate der Engländer an den Mauern der Stadt Köln, in denen verboten wurde, ohne Zustimmung der Engländer die staatliche Verfassung zu ändern. Das finden Sie in keinem Geschichtsbuch, meine Damen und Herren, aber vielleicht finden Sie es in einem Bande meiner Memoiren eines Tages. Aber so groß war die Gefahr. Und es kam hinzu, dass damals nicht nur England bereit war gegenüber Frankreich zu kapitulieren, Russland stand auch dahinter, meine Damen und Herren, die Russen wollten sogar, dass

das rheinisch-westfälische Industriegebiet neutralisiert werden sollte, weil dann das Wirtschaftsleben Deutschlands erledigt sei.

Meine verehrten Damen und Herren, die Zeiten, die dann kamen, das war die Weimarer Republik-Zeit. Nun, wie ist es nur damals gegangen? Ich wurde Präsident des Preußischen Staatsrates. Und als Präsident des Preußischen Staatsrates hatte ich eine gewisse Rolle in Preußen. Preußen war damals wirklich der [*unverständlich*] ungefähr gleich Deutschland zu setzen – bitte um Entschuldigung, Herr Strauß, aber es war so ungefähr gleich Deutschland zu setzen, und der preußische Ministerpräsident, der Präsident des Preußischen Staatsrates und der Landtagspräsident hatten das Recht, den Landtag auszubilden. Ich ging also, als die Sache mit den Nazis kam und immer bedrohlicher wurde, ging ich zum Ministerpräsidenten Braun und sagte ihm: "Ich komme in meiner ganz offiziellen Eigenschaft als Präsident des Preußischen Staatsrates und mache Sie darauf aufmerksam, dass der Umsturz vor der Tür steht und dass Sie sofort einschreiten müssen gegen die Nazis." Er zuckte die Achseln, meine Damen und Herren, er war aber dann einer der ersten, die, als die Nazis kurz darauf zur Macht kamen, in die Schweiz ging. Damals haben Leute versagt, meine Herren, von denen ich es niemals für möglich gehalten hätte. Nun, die Nazis kamen, und mir wurde verwehrt der Zutritt zum Rathaus in Köln. Göring war damals preußischer Innenminister geworden. Ich bin also zu Göring gefahren und habe gesagt: "Sie wissen, dass ich Oberbürgermeister von Köln bin. Mir wird der Zutritt zu meinem Rathaus verboten." "Ja", sagte er, "was soll ich tun?" Ich habe ihm darauf gesagt: "Sie haben sofort dafür zu sorgen, dass mir der Zutritt wieder gestattet wird." Darauf sagte er: "Zuerst eine Frage: Wie viel Millionen haben Sie in die Tasche gesteckt aus der Stadtkasse, als Sie Köln verlassen haben?" Das waren die Ansichten, die Herr Göring mir gegenüber – übrigens der einzige Nazi von Rang, den ich je gesprochen habe, meine Herren –, die mir gegenüber Göring zeigte.

Über den Nationalsozialismus will ich nicht viel sagen hier, aber das eine muss ich doch sagen, meine Herren: Der Nationalsozialismus wäre nie zur Macht gekommen in Deutschland, wenn nicht die deutschen Behörden versagt hätten. Das ist mir eine felsenfeste Überzeugung. Der Nationalsozialismus – ja, meine Damen und Herren, ich bin ein paar Mal im Gefängnis gewesen, aber es ist mir eins gelungen, ich habe es einmal fertiggekriegt, im Gefängnis einen verbotenen Sender zu hören, und das war mir ein solcher Trost, das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Wie ich das fertiggekriegt habe, das ist eine Sache für sich, aber ich habe es fertigbekommen. Der Feind rückte näher; die Amerikaner, meine Damen und Herren, hatten eine etwas eigenartige Methode der Kriegsführung. Sie hatten einen Kriegskalender und darin stand, dass sie am Soundsovielten dort und dort zu sein hätten. Und so stand auch darin, dass sie am Soundsovielten an der Erft sein müssten, und wenn die Amerikaner früher an einer solchen Stelle waren, dann machten sie halt. Sie zogen nicht weiter, gleichgültig, ob auf der anderen Seite widerstandsfähige Truppen standen oder nicht. Und so blieben die Amerikaner an der Erft stehen und überschritten nicht die Erft, ehe ihr Kalender ihnen das erlaubte. Unser Glück, meine Damen und Herren, denn wir wurden, als die Amerikaner an der Erft standen – ich war damals im Gefängnis in Brauweiler – wurden wir – das sind die übrigen Brauweiler Leute –, wurden wir an eine Mauer geführt und uns wurde gesagt, sobald die Amerikaner die Erft überschritten haben, werden Sie hier erschossen. Man gewöhnt sich daran, meine Damen und Herren, nicht an das Erschießen, aber an die ganze Situation. Und wir waren nun den Amerikanern sehr dankbar, dass sie einen solchen Kriegsplan hatten, den sie genau befolgten. Ich könnte darüber noch mehr erzählen; das will ich nicht tun, sondern will nun einmal übergehen zur Eroberung durch die Amerikaner.

Ich wurde ausfindig gemacht durch einen Frankfurter Juden in Rhöndorf und wurde gebeten – er war in der Zwischenzeit amerikanischer Offizier geworden – und wurde gebeten, nach Köln zu kommen zu dem dortigen amerikanischen Oberstkommandier. Der Herr empfing mich sehr freundlich; die Situation war in Köln damals noch so: Die linke Rheinseite war amerikanisch, die rechte Rheinseite war deutsch. Und auf der rechten Rheinseite waren Truppen, deutsche Truppen, die in die linke Hälfte hineinschossen, und das ging so ein

bisschen hin und her. In Köln waren auf der linken Rheinseite noch schätzungsweise 25.000 Einwohner. Alle anderen waren geflohen. Aber man gewöhnt sich auch daran.

Dann wurde ich später, meine Herren – ich habe die Amerikaner gebeten, mich nicht zum Oberbürgermeister zu machen; ich hätte drei Söhne, die bei der Wehrmacht wären, die im Kriege wären, und ich müsste annehmen, dass, wenn ich nun von Gnaden der Amerikaner Oberbürgermeister von Köln würde, je nachdem die darunter zu leiden hätten. Der Amerikaner sah das ein, und ich wurde also sein Berater.

Dann kamen langsam Zurückflüchtende, darunter auch ein früherer sozialdemokratischer Stadtverordneter, und dieser frühere sozialdemokratische Stadtverordnete hatte irgendwie Verbindung mit der englischen Geheimpolizei bekommen und schrieb ihr einen Brief, wonach ich also ein ganz böser Mensch sei usw. usw., und ich könnte den Posten doch nicht weiter führen. Er gab diesen Brief einem Manne, den er für absolut vertrauenswürdig hielt, um den nach Köln zu bringen. Der Mann kam aber zu mir und brachte mir den Brief. Ich habe den Brief selbstverständlich geöffnet, das hätte jeder von Ihnen getan, meine Damen und Herren, und las nun, was der deutsche Sozialdemokrat über mich geschrieben hatte. Dann habe ich den Brief wieder zugeklebt und habe gesagt: "Nun bringen Sie den Brief nach Köln. Das weitere wird sich finden." Dann bin ich, meine Freunde, von den Engländern in einer feierlichen Zeremonie abgesetzt worden wegen totaler Unfähigkeit. Ich kam zu dem General Barraclough ins Zimmer, er hatte eine Reihe von Obersten um sich gesammelt. Die Herren saßen, ich nahm mir auch einen Stuhl, um mich zu setzen. Er aber sagte: "Nein, Sie müssen stehen bleiben." Und dann wurde mir das dann vorgelesen, dass ich abgesetzt wäre wegen totaler Unfähigkeit, weil ich meine Pflichten gegen das deutsche Volk verletzt hätte.

Na, meine Damen und Herren, das war eigentlich mit das Schmerzliche, was mir widerfahren ist, denn ich hatte ja keine Lust, meine Herren, irgendwie anderes zu werden, ich wollte Köln wieder aufbauen, und ich glaube, ich hätte Köln besser wieder aufgebaut, als es aufgebaut worden ist. Aber, ich musste weg.

*[Im folgenden kehrt A. zurück zu seinen Ausführungen über den Nationalsozialismus.]* Verbannt wurde ich aus Köln, ich musste ein ganzes Jahr nach Maria Laach gehen. Also, kurz und gut, damit will ich Sie gar nicht alle behelligen, sondern Ihnen nur damit sagen, wie furchtbar dumm das deutsche Volk damals gewesen ist, dass es sich den Nationalsozialisten gefügt hat und in diesen furchtbaren Krieg gegen die ganze Welt hereingezogen ist. Ob es viel gelernt hat – ich bin etwas skeptischer, meine Damen und Herren, als unser verehrter Herr Bundeskanzler Kiesinger. Ich bin etwas skeptischer, und würde nicht so unbedingt darauf schwören, dass es wirklich klug geworden ist. *(Zwischenfrage.)* Na, wenn ich von den Kanzlern sprechen sollte, den Nachfolgern, meine Herren, und wenn ich von Hindenburg sprechen sollte – ich habe es absichtlich nicht getan, ich wollte den Namen nicht nennen, aber kläglichere Versager habe ich in meinem Leben nicht kennen gelernt.

Das kann ich Ihnen doch sagen: Ich hatte als Präsident des Preußischen Staatsrates in Berlin im Preußischen Staatspräsidium eine Wohnung. Ich erinnere mich, als wenn es gestern gewesen wäre, wie zu mir hereingestürzt kam abends um 12.00 Uhr ein Mitglied der Zentrumspartei und sagte: "Hindenburg geht nicht nach Potsdam." Das war jene Eidesleistung in Potsdam, und am anderen Morgen höre ich um 9.00 Uhr – das Palais des Präsidenten Hindenburg lag schräg meiner Wohnung gegenüber – höre ich Tatütatü, und wer kam mit seinen Söhnen im offenen Wagen und fuhr nach Potsdam: Das war Hindenburg. Nein, ich habe mir wirklich angewöhnt, immer pessimistisch zu sein.

Und nun, verehrter Herr Kiesinger, das erklärt vielleicht manches an mir; das muss ich auch den anderen Herren sagen. Der Spruch, den ich jetzt sage, stammt nicht von mir: Der Wirtschaftler muss Optimist sein; das ist Erhard auch gewesen. Der Politiker muss Pessimist sein – das war ich und das werden Sie, wie ich bestimmt annehme, wenn Sie die Gesellschaft einmal genauer kennen gelernt haben, auch sein.

Meine Damen und Herren, die Welt ist in größter Gefahr nach meiner Überzeugung. Und sehen Sie mal, wir haben jetzt das Jahr 1967. Denken Sie einmal zurück, wie die Welt im Jahre 1900 aussah. Im Jahre 1900, meine Herren, war England die größte Seemacht der Welt, im Jahre 1900 war Deutschland die größte Landmacht der Welt, im Jahre 1900 spielte Amerika überhaupt noch keine Rolle in der Politik, hatte weder ein ausgebildetes Auswärtiges Amt, hatte keine Soldaten, hatte keine Schiffe, es lebte in seiner eigenen Abgeschlossenheit und Isolierung. Und plötzlich wurde es durch den Lauf der Entwicklung zur größten Macht der Welt, etwas, was ganz unvorbereitet Amerika getroffen hat. Und was ist da noch weiter passiert?

Diejenige Macht, die nach meiner Meinung durch den Krieg am meisten an Stärke gewonnen hat, ist Sowjet-Russland. Sowjetrussland, meine verehrten Freunde, sehen Sie sich bitte mal die Landkarte an, eine ungeheure Macht. Und der träumt, der glaubt, dass die Russen sich irgendwie in absehbarer Zeit ändern würden. Jedenfalls muss man damit rechnen, dass sie sich nicht ändern werden. Und im Osten steigt Rotchina auf, meine Damen und Herren, hat jetzt [...] 650 bis 700 Millionen Einwohner, und Rotchina ist gar nicht so weit von uns entfernt durch die schnellfliegenden Waffen. Ich will die Frage so stellen an Sie: Was glauben Sie näher bei Rotchina ist, und zwar bei dem Teil Rotchinas, wo seine Bomben hergestellt werden? Australien oder London? London ist näher, meine Damen und Herren und damit also Europa näher, als etwa Australien. Man muss sich nur darüber mal klar werden, was aus Entfernungen geworden ist. Aber trotzdem, ich glaube nicht, meine Damen und Herren, glaube nicht, dass, wenn eine einigermaßen vernünftige Politik geführt wird, wir einen nuklearen Krieg zu erwarten haben.

Aber das setzt voraus, meine Damen und Herren, dass endlich Europa geschaffen wird. Es geht wirklich nicht an, dass wir Europäer in der großen Politik ja gar keine Rolle spielen mehr. Nehmen Sie England: In dem Augenblick, in dem das Flugzeug zum Kriegswerkzeug wurde, war die englische Macht ihrem Untergang geweiht, brauchte man Kriegsschiffe nicht mehr zu fürchten, das hatte keinen Zweck mehr. Nehmen Sie Frankreich an: Frankreich war doch von einer Krise in die andere getaumelt, bis de Gaulle kam; de Gaulle, der so viel Gelästerte, der auch von uns Deutschen, namentlich von der deutschen Presse, in einer Weise behandelt worden ist, meine Damen und Herren, dass es geradezu – dass man nur staunen kann über die Dummheit, die da begangen worden ist. Aber de Gaulle und Frankreich haben sich erholt und, meine Damen und Herren, Frankreich und Deutschland liegen nebeneinander und sind Nachbarn, und entweder wir beide werden Sklaven der Russen oder wir beide bleiben frei. Das ist immer der Gedanke gewesen, der mich geleitet hat. Und nun, ich kann Ihnen das sagen, aufs bestimmteste sagen, wird unser Bundeskanzler Kiesinger, wenn er Mitte Januar nach Paris geht, eine sehr gute Aufnahme finden von Seiten de Gaulles, eine sehr gute Aufnahme. Und ich wünsche ihm von ganzem Herzen, dass er damit den ersten Schritt tut zur Verwirklichung des deutsch-französischen Vertrages.

Meine Herren, der deutsch-französische Vertrag, der ist in Kraft getreten im Juni 1963. Im Oktober 1963 wurde ich gezwungen zurückzutreten. Man kann mir also bei Gott nicht nachsagen, dass ich nichts getan hätte, um den Vertrag effektiv zu machen, sondern dann kam eine Zeit, eine Politik in unserem Lande, die entsetzlich geradezu war. Aber ich bin überzeugt davon, und diese Überzeugung begründet sich auf ganz festen Tatsachen, dass Sie, verehrter Herr Kiesinger, in Paris eine ausgezeichnete Aufnahme finden werden, und ich glaube, das ist ein großes Glück für Europa und für die ganze Welt. Und ich bin sogar, vielleicht sagen sie etwas der phantastischen Auffassung, dass es uns gelingen wird, über Frankreich, de Gaulle, auch mit Russland zu einer Verständigung zu kommen, die für uns tragbar ist, denn de Gaulle hat ja sowohl in Moskau, wie jetzt neulich in Paris seinem russischen Gast mit aller Entschiedenheit erklärt, dass er unter gar keinen Umständen damit einverstanden sei, dass Deutschland geteilt bleibt. Er hat das auch in meiner Gegenwart einmal erklärt in einem ganz kleinen Kreise von vier Staatsmännern, von denen zwei sehr zurückhaltend waren in ihren Erklärungen, während er sagte: "Und ich bin, meine Herren, nehmen Sie da von Akt, ich bin für die Wiedervereinigung Deutschlands." Nicht unseretwegen, uns zuliebe, sondern er sagte denen auch ganz offen: "Ich habe keine Lust,

eines Morgens zu hören, dass die Russen am Rhein stehen." In der Außenpolitik gilt ja doch nur das Interesse des eigenen Landes; das liegt auch in der Natur der Sache. Und Gott sei Dank, diese beiden Länder Frankreich und Deutschland haben ein gemeinsames Interesse, ihre Freiheit zu bewahren gegenüber dem sonst alles eines Tages darnieder wälzenden Koloss Sowjetrußland. So wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen, Herr Kiesinger, jeden Erfolg. Ihr Erfolg ist unser Erfolg, ist der Erfolg Deutschlands, und wir wollen alles, was wir tun können, tun, damit nun auch Sie den Erfolg haben und damit die Franzosen, insbesondere auch de Gaulle, das Vertrauen zu uns hat, das nötig ist zu einer solchen Gemeinschaft, wie wir sie mit Frankreich und in Europa schaffen müssen.

Wenn Sie das fertig kriegen bis zur Wahl, bis zur Wahl im Jahre 1969, dann glaube ich, werden wir die Wahl gewinnen. Wenn wir es nicht fertig kriegen, dann, meine Damen und Herren, sehe ich sehr finster in die Zukunft, denn innerlich ist unsere Partei nicht in Ordnung und nicht auf der Höhe, und es wird der größten Anstrengung bedürfen, um sie wieder in die Höhe zu bringen. Es wird, meine Damen und Herren, – ich glaube, da ist sehr wenig darüber gesprochen worden, aber man muss auch daran denken – ja Anfang 1969 die Wahl des Bundespräsidenten sein. Sie wissen, dass Herr Lübke nicht wiedergewählt werden kann nach der Verfassung. Also es wird dann die Wahl des Bundespräsidenten sein, und zur Zeit würden wir in dieser Versammlung, der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, würden wir eine kleine Mehrheit haben; sie ist nicht groß. Ich habe die Zahl mir nicht gemerkt, aber, meine Herren, es ist eine zweistellige Ziffer nur und bleibt unter 50. Und nun sind noch die drei Landtagswahlen, es ist die Landtagswahl in Bremen, es ist die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, und es ist die Landtagswahl in Niedersachsen. (*Gemurmel.*) Gut, meine Herren, also nehmen wir Berlin dabei. Und nun, überlegen sie, was dann noch bis zu Anfang des Jahres 1969 von unserer Partei geleistet werden muss, damit wir den Bundespräsidenten wieder stellen; denn wenn wir nicht den Bundespräsidenten wieder stellen, dann ist das ein sehr schlechtes Vorzeichen für die Bundestagswahl des Jahres 1969. Daher glaube ich, die Zeit ist kurz, und sie rinnt rasend schnell dahin, und es muss gearbeitet werden aus ganzer Kraft, damit wir oben bleiben.

Meine Damen und Herren, darf ich noch etwas sagen über die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten sind innerlich gespalten. Ich glaube, Sie erwähnten, Herr Bundeskanzler, dass ich den Herrn Wehner begrüßt hätte und ihm gesagt hätte: "Denken Sie an Ihre Gesundheit." Ich will Ihnen sagen, was Wehner mir darauf geantwortet hat. Er hat mir darauf geantwortet: "Sie haben recht, ich weiß nicht, ob ich mir nicht zuviel zugemutet habe." Und nun, meine Herren, ich habe über Wehner auch mit aller Vorsicht gedacht, aber, meine Damen und Herren, das hilft jetzt nichts, er ist die Stütze der Koalition bei der SPD. Sie wissen, wie es um Erler steht, und er hält doch die ganze Koalition. Und wir müssen mit der Koalition zusammenarbeiten, eine absolute Notwendigkeit, ob wir wollen oder ob wir nicht wollen, und deswegen glaube ich, es ist richtig, wenn wir allen Zank und allen Streit, die die gegen uns im Herzen tragen und wir gegen die, zurückstellen, bis die Wahl in unmittelbare Nähe gekommen ist. Aber bei den Landtagswahlen, meine Damen und Herren (*Gelächter*) – ja nun, es ist doch selbstverständlich, meine Herren, Herr Scheufelen, wenn ich mit einem Mann jeden Tag zusammenarbeite, sage ich doch nicht: Ich glaube Dir nicht. Das würden Sie doch auch keinem Kunden sagen und keinem Geschäftsfreund. Aber bis dahin, meine Herren, mit Rücksicht auf die Wahl des Bundespräsidenten, müssen wir auch intensiv arbeiten bei den Landtagswahlen.

Das gesundeste Land, meine Herren, das ist Bayern, Gott sei Dank. (*Gemurmel.*) Ne, ne, ne, meine Herren, also ich beobachte die Dinge ganz genau, und wir haben ja manchen Knies miteinander gehabt, Herr Strauß, nicht wahr, also das ist keine Voreingenommenheit von mir, und ich denke nicht daran, ihm Komplimente zu machen, sondern es ist so; es ist das gesundeste Land; das bestätigen auch Amerikaner, die bei Ihnen wohnen, dass sie das Empfinden haben. Sehen Sie mal, Nordrhein-Westfalen, eine sehr ernste und schwierige Sache, diese Niederlage, die wir da bekommen haben. Und dann das Verhältnis zu den Kirchen, meine Herren, das ja doch auch sowohl bei der Evangelischen Kirche wie bei der Katholischen Kirche eine Rolle spielt und das sich stark anfängt zu drehen. Und auch das ist ein Moment, das für die Wahl von Bedeutung sein wird. Darum, meine Damen und Herren, ich will schließen, damit es mir nicht so geht, was der Herr Schöttle neulich vom Herrn

Dehler gesagt hat. Da hat er gesagt, als der Herr Dehler diese Rede gehalten hat, bei der ich immer bang war, die Augen kämen ihm aus dem Kopfe, da hat er gesagt: "Der Herr Dehler fängt ganz vernünftig an, aber wo er nachher hinrutscht, das weiß der liebe Himmel." Deswegen gehe ich lieber auf die ganze Sache gar nicht ein; in den Geruch will ich nicht kommen. Aber es lag mir doch daran, einmal in einem geschlossenen wichtigen Kreise Luft zu machen alledem, was, glaube ich, dem einen mehr, dem anderen weniger, aber uns doch alle bewegt, bewegen muss, und das ist die Sorge, alles zu tun, was wir können, damit unsere Partei die erste Partei in der Bundesrepublik bleibt. Und darauf, meine Damen und Herren, glaube ich, stoßen wir mal an und wollen dabei daran denken, dass wir wirklich mit ganzer Kraft diese Aufgabe in die Hand nehmen und mit Gottes Hilfe erfüllen. Zum Wohlsein!"

*Quelle: Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“. Reden und Gespräche 1946-1967. Hrsg. v. Felix Becker. Köln-Weimar-Wien 1998. Abschrift einer Tonbandaufzeichnung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand Reden Konrad Adenauer.*